

AHK  
**World Business Outlook  
Frühjahr 2023**

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen  
Auslandshandelskammern, Delegationen  
und Repräsentanzen

 **GemeinsamWeltweit**



# Inhalt

Entwicklung der Weltwirtschaft.....	3
Geopolitische Herausforderungen.....	11
Regional Business Outlooks .....	15
Europa (Eurozone und sonstige EU (inkl. Schweiz, Norwegen, UK)).....	15
Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei .....	17
Nordamerika .....	18
Süd- und Mittelamerika .....	19
Asien-Pazifik-Raum (ohne Greater China) .....	20
Greater China .....	21
Afrika, Nah- und Mittelost.....	22
Statistischer Anhang .....	23

# Methodik

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Frühjahr 2023 die Rückmeldungen von weltweit mehr als 5.100 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. Die Umfrage wurde vom 20. März bis zum 6. April 2023 durchgeführt. 37 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 36 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 19 Prozent sind Handelsunternehmen, 8 Prozent Sonstige. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 48 Prozent der Antworten aus. 17 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 18 Prozent der Befragten weltweit, 18 Prozent konnten keiner Unternehmensgrößenklasse zugeordnet werden.

Für die Weltregion „Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei“ liegen 636 Antworten vor. Davon 5 Antworten aus Russland. Entsprechend sind für Russland im Frühjahr 2023 keine Auswertungen möglich.

# Impressum

**Deutsche Industrie- und Handelskammer**  
Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

**Herausgeber und Copyright**  
© Deutsche Industrie- und Handelskammer  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

DIHK Online : [Homepage](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

**Redaktion:** Carolin Herweg

**Grafik:** Friedemann Encke, Sebastian Titze

**Bildnachweis:** <https://www.gettyimages.de/>

**Stand:** Mai 2023

# Entwicklung der Weltwirtschaft

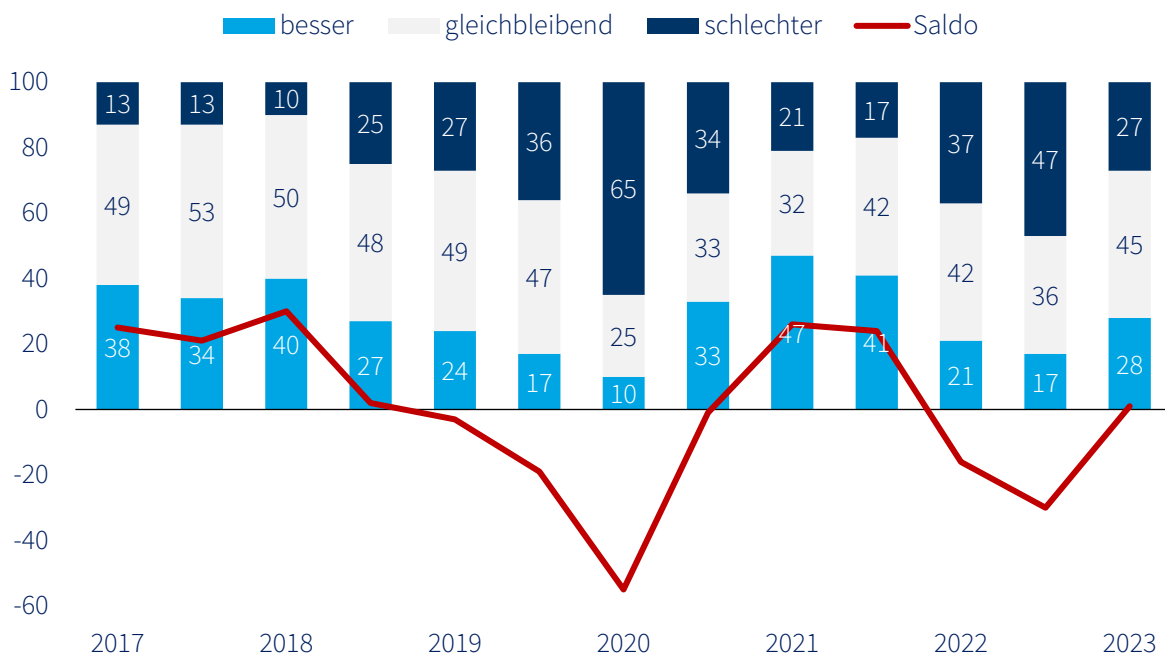
## Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen im Ausland

Für die Weltwirtschaft ist aus Sicht der deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten kein kraftvoller Aufschwung in Sicht. Die Herausforderungen sind aufgrund von geopolitischen Risiken und immer wieder aufflackernden Unsicherheiten an den Finanzmärkten groß. Noch immer sind in zahlreichen Ländern die Inflationsraten hoch, was die Nachfrage dämpft, und viele Zentralbanken zu einer weiterhin restriktiven Geldpolitik veranlasst. Höhere Zinsen erschweren die Unternehmensfinanzierung. Dennoch gibt es positive Impulse: Die Energiepreise sind in den vergangenen Monaten deutlich gesunken, was insbesondere in Europa zu einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung geführt hat, als in der Vorumfrage im Herbst 2022 seitens der Unternehmen erwartet wurde. Die globalen Lieferketten haben sich stabilisiert, immer weniger Unternehmen sind von Störungen betroffen. Das ist unter anderem auf das Ende der Null-Covid-Politik Chinas zurückzuführen. Zudem zeigt sich die größte Volkswirtschaft der Welt – die USA – trotz der hohen Inflation und gestiegenen Zinsen noch robust. Insgesamt blicken die deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten positiver in die Zukunft als noch im Herbst 2022. Die Erwartungen bleiben jedoch gedämpft – dies zeigen die Einschätzungen der mehr als 5.100 von den AHKs befragten Unternehmen im Frühjahr 2023.

28 Prozent der weltweit befragten Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer konjunkturellen Verbesserung an ihren Standorten (Herbst 2022: 17 Prozent). Der Anteil der Optimisten hat damit im Vergleich zur Vorumfrage um elf Prozentpunkte zugelegt. Demgegenüber stehen 27 Prozent der Unternehmen, die von einer Verschlechterung der Konjunktur vor Ort ausgehen. Damit hat sich der Anteil der Unternehmen mit negativen Einschätzungen deutlich reduziert (Herbst 2022: 47 Prozent). Der resultierende Saldo aus besser und schlechter Bewertungen steigt somit gegenüber dem schwachen Wert (minus 30 Punkte) der Umfrage im Herbst 2022 um 31 Punkte. Optimisten und Pessimisten halten sich damit nahezu die Waage – der Saldo von plus einem Punkt liegt auch noch immer knapp unter dem langjährigen Schnitt von zwei Punkten. Die Mitgliedsunternehmen der AHKs blicken demnach mit sehr gedämpfter Zuversicht auf die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten.

## Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit

(Anteile in Prozent, Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ - Antworten in Punkten)



In beinahe allen Weltregionen haben sich die Konjunkturerwartungen der Unternehmen im Vergleich zur Vorumfrage aufgehellt. Die Einschätzungen über die wirtschaftliche Entwicklung unterscheiden sich jedoch deutlich. Während in einigen Regionen die Optimisten wieder in der Mehrzahl und die Konjunkturerwartungen damit im Saldo positiv sind, fallen die Erwartungen in anderen Regionen weiterhin überwiegend negativ aus.

Hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung sind die Unternehmen an ihren Standorten in **Greater China** im globalen Vergleich am zuversichtlichsten (Saldo 21 Punkte nach zuvor minus 32 Punkten). Die Aufhebung der Null-Covid-Politik Chinas und die damit einhergehende Steigerung von Produktion und Handel wirken sich positiv auf Chinas Wirtschaft aus. Aber auch die umliegenden Länder, für die häufig China einer der wichtigsten Handelspartner ist, profitieren von dieser Entwicklung. So schätzen auch im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) die Unternehmen die wirtschaftliche Entwicklung positiver ein als in anderen Weltregionen (Saldo 19 Punkte nach zuvor minus neun Punkten).

Auch in **Nordamerika** (USA, Kanada, Mexiko) gehen die Unternehmen wieder überwiegend von einem Wirtschaftswachstum an ihren Standorten aus (Saldo zwölf Punkte nach zuvor minus 21 Punkten). Trotz weiterhin hohen Inflationsraten und steigenden Zinsen zeigt sich die Wirtschaft in den USA noch robust.

In **Afrika, Nah- und Mittelost** sind die Unternehmen mit Blick auf die Konjunktur ebenfalls überwiegend optimistisch (Saldo 11 Punkte nach zuvor fünf Punkten). Rohstoffreiche Länder in der Region können etwa von dem gesteigerten Interesse im Energiebereich profitieren.

Auch in **Europa** hellt sich die Stimmung etwas auf, allerdings verharren die Konjunkturerwartungen unter dem Strich weiterhin im negativen Bereich. In der **Eurozone** trüben Unsicherheiten über die Energieversorgung, die im globalen Vergleich noch immer hohen Energiekosten und die restriktive Geldpolitik den wirtschaftlichen Ausblick (Saldo minus sechs Punkte nach zuvor minus 41 Punkte). In den EU-Staaten außerhalb des gemeinsamen Währungsraums sowie Norwegen, Schweiz und das Vereinigte Königreich dominieren die pessimistischen Erwartungen noch deutlicher (Saldo minus 27 Punkte nach zuvor minus 70 Punkten). Wie in der Vorumfrage haben die dort ansässigen Unternehmen damit die geringsten Erwartungen im globalen Vergleich. Auch hier sind die hohen Energiepreise eine Belastung für die Volkswirtschaften. In **Ost- und Südosteuropa** (ohne EU, inkl. Türkei) machen sich die wirtschaftlichen Folgen des russischen Kriegs in der Ukraine besonders bemerkbar (Saldo minus sieben Punkte nach zuvor minus 61 Punkten). In der Türkei trüben die Folgen des Erdbebens im Februar die wirtschaftliche Entwicklung.

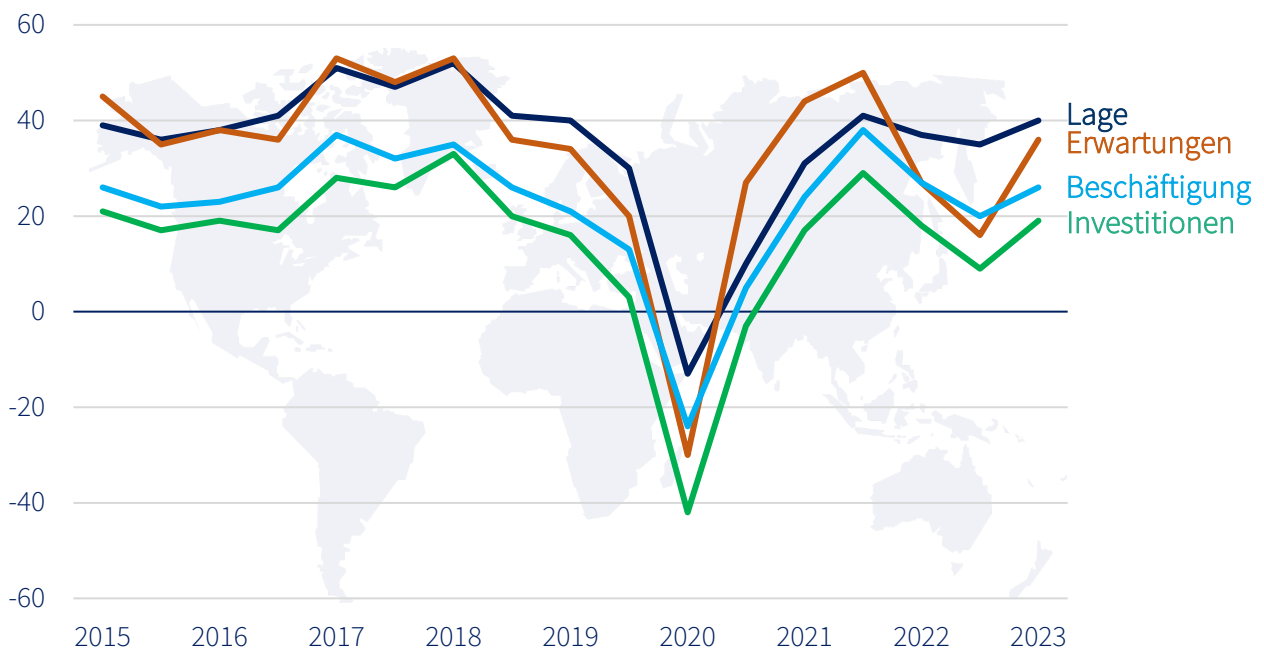
In **Süd- und Mittelamerika** blicken die Unternehmen pessimistischer auf die wirtschaftliche Entwicklung als noch im Herbst (Saldo minus 24 Punkte nach zuvor minus 16 Punkten). Im globalen Vergleich ist es die einzige Region, in der sich die Konjunkturerwartungen nicht verbessert haben. Hohe Inflationsraten und die insgesamt nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft wirken sich dort negativ aus.

# Geschäftslage und Geschäftserwartungen

Trotz der bestehenden globalen Risikofaktoren erweisen sich die Geschäfte der Unternehmen als robust. Das zeigt sich in der konstant positiven **Geschäftslage**. Die nachlassenden Lieferkettenstörungen und gesunkenen Energiepreise stabilisieren die Situation in weiten Teilen der Wirtschaft. Jedes zweite Unternehmen (50 Prozent) bewertet im Frühjahr 2023 seine Geschäftslage als gut (Herbst 2022: 45 Prozent), für 40 Prozent laufen die aktuellen Geschäfte befriedigend. Jedes zehnte Unternehmen (gleichbleibend zum Herbst 2022: zehn Prozent) berichtet von einer schlechten Geschäftslage. Der Saldo aus gut und schlecht Bewertungen steigt von 35 auf 40 Punkte – und liegt damit über dem Durchschnitt der letzten Jahre von 35 Punkten.

## Deutsche Unternehmen im Ausland – Überblick global

(Saldo in Punkten)



Weiterhin am besten im globalen Vergleich beurteilen die Unternehmen in Nordamerika ihre Geschäftslage (Saldo gleichbleibend bei 59 Punkten), vornehmlich durch die noch gut laufende Wirtschaft in den USA.

Insbesondere in Europa hat sich die Geschäftslage der Unternehmen durch die gesunkenen Energiepreise und stabileren Lieferketten, die ein Abarbeiten von angestauten Aufträgen ermöglichen, im Vergleich zum Herbst verbessert. Sowohl in der Eurozone (Saldo 47 Punkte nach zuvor 34 Punkte) als auch in den EU-Staaten außerhalb des Euroraums (inkl. Schweiz, Norwegen, UK) berichten die Unternehmen von besseren Geschäften (Saldo 41 Punkte nach zuvor 32 Punkten). Besonders deutlich im Vergleich zur Vorumfrage haben sich die Geschäfte der Unternehmen in Ost- und Südosteuropa (ohne EU, inkl. Türkei) verbessert (50 Punkte nach zuvor 21 Punkten).

Auch für die Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) laufen die Geschäfte aktuell gut und etwas besser als im Herbst (Saldo 38 Punkte nach zuvor 36 Punkten). Von konstant guten Geschäften berichten zudem Unternehmen in Süd- und Mittelamerika (Saldo 31 Punkte nach zuvor 32 Punkten) sowie Afrika, Nah- und Mittelost (Saldo 37 Punkte nach zuvor 38 Punkten).

An ihren Standorten in Greater China beurteilen die Unternehmen ihre aktuelle Lage hingegen schlechter als im Herbst. Die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung nach Ende der Null-Covid-Politik beeinflusst die

Stimmung der Unternehmen negativ (Saldo sieben Punkte nach zuvor 14 Punkten). Damit schätzen die Unternehmen in Greater China ihre Geschäftslage so schlecht wie derzeit in keiner anderen Weltregion ein – und das obwohl sich die Konjunkturerwartungen für China wie in keiner anderen Region aufgehellt haben.

Auch mit Blick auf die künftige Entwicklung ihrer eigenen Geschäfte sind die Unternehmen zuversichtlich. So haben sich die **Geschäftserwartungen** der Unternehmen deutlich aufgehellt und liegen im Saldo nur knapp unter dem Niveau der aktuellen Geschäftslage. Trotz der Unsicherheit über die Entwicklung der Weltwirtschaft, die Ausdruck in den insgesamt verhaltenen Konjunkturerwartungen finden, erwarten 47 Prozent der Unternehmen (Herbst 2022: 37 Prozent) in den kommenden zwölf Monaten bessere Geschäfte. 42 Prozent rechnen mit keiner Veränderung ihrer Geschäfte und elf Prozent erwarten eine Verschlechterung. Im Vergleich zur Vorumfrage haben sich die pessimistischen Stimmen damit beinahe halbiert (Herbst 2022: 21 Prozent). Der Saldo aus besser und schlechter Bewertungen steigt deutlich auf 36 Punkte (Herbst 2022: 16 Punkte) – und liegt somit über dem seit 2015 erfassten Durchschnitt von 33 Punkten.

Am optimistischsten blicken Unternehmen in Asien-Pazifik (ohne China) auf die Entwicklung ihrer Geschäfte in den kommenden Monaten (Saldo 50 Punkte nach zuvor 27 Punkten). Die Standorte profitieren von der Öffnung Chinas nach dem Ende der Null-Covid-Politik und haben als Alternative oder Ergänzung zu China im Zuge der Diversifizierung als Investitionsstandorte an Attraktivität gewonnen.<sup>1</sup> Analog zu den positiven Konjunkturerwartungen blicken auch die Unternehmen in Greater China wieder deutlich optimistischer auf die Entwicklung der eigenen Geschäfte (Saldo 38 Punkte nach zuvor vier Punkten). Dies stützt die Hoffnung, dass sich die aktuelle Unsicherheit, die sich in der noch unterdurchschnittlichen Geschäftslage zeigt, lösen wird.

Neben Asien-Pazifik (ohne China) im globalen Vergleich überdurchschnittlich zuversichtlich für ihre Geschäfte sind auch die Unternehmen in Afrika, Nah- und Mittelost (Saldo 46 Punkte nach zuvor 44 Punkten) und in Nordamerika (Saldo gleichbleibend 46 Punkte). Während die Unternehmen im afrikanischen und nahöstlichen Raum bessere Erwartungen im Vergleich zur aktuellen Lage haben, liegen die Geschäftserwartungen der in Nordamerika ansässigen Unternehmen unter dem Niveau der aktuellen sehr guten Geschäftslage.

Trotz gedämpfter Erwartungen hinsichtlich der konjunkturellen Entwicklung haben sich auch die Geschäftserwartungen in Europa im Vergleich zur Vorumfrage verbessert. In der Eurozone (Saldo 30 Punkte nach zuvor fünf Punkten) und in der EU außerhalb des Währungsraums (sowie Norwegen, Schweiz, UK) (Saldo 15 Punkte nach zuvor minus neun Punkten) liegt der Anteil der Unternehmen mit positiven Erwartungen auch wieder sichtlich über dem Anteil von Unternehmen mit negativen Erwartungen. Allerdings beurteilen die Unternehmen in beiden Wirtschaftsregionen ihre aktuelle Geschäftslage positiver als die künftigen Geschäfte. Auch im globalen Vergleich bilden die Unternehmen in Europa mit ihren Geschäftserwartungen das Schlusslicht.

Entsprechend der pessimistischeren Einschätzungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Süd- und Mittelamerika schrauben die Unternehmen dort auch ihre Geschäftserwartungen etwas zurück (Saldo 36 Punkte nach zuvor 41 Punkten).

## Investitionsabsichten und Beschäftigungsabsichten

Mit den deutlich verbesserten Geschäftserwartungen erhöhen sich die **Investitionsabsichten** der Unternehmen. 36 Prozent der Unternehmen (Herbst 2022: 32 Prozent) planen in den kommenden zwölf Monaten ihre Investitionen auszuweiten. 17 Prozent (Herbst 2022: 23 Prozent) möchten ihre Investitionsbudgets kürzen. Der resultierende Saldo aus höheren und geringeren Investitionsabsichten hat sich im Vergleich zur Vorumfrage mehr als verdoppelt - auf aktuell 19 Punkte (Herbst 2022: neun Punkte). Damit liegen die Investitionsabsichten etwas über

---

<sup>1</sup> siehe [DIHK-Umfrage zu Auslandsinvestitionen 2023](#).

dem langjährigen Schnitt von 15 Punkten. Angesichts der notwendigen Investitionen, die für die grüne und digitale Transformation der Wirtschaft nötig sind, sowie vor dem Hintergrund der krisenbedingten Investitionszurückhaltung in den vergangenen Jahren müssten die Investitionspläne der Unternehmen allerdings noch deutlich expansiver sein.

In Nordamerika sind die Investitionspläne – wie in der Vorumfrage – am expansivsten und liegen weit über dem globalen Schnitt (Saldo 30 Punkte nach zuvor 22 Punkten). Neben vorteilhaften Standortfaktoren wie im Vergleich zu anderen Regionen günstigere Energie und die Marktgröße in den USA tragen auch Vorhaben wie der Inflation Reduction Act (IRA) zu aktuell attraktiven Investitionsbedingungen bei.<sup>2</sup>

Auch an ihren Standorten in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten haben die Unternehmen überwiegend expansive Investitionsabsichten (Saldo 27 Punkte nach zuvor 21 Punkten). Insbesondere Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate können von dem gesteigerten Interesse im Energiebereich sowie von großen infrastrukturellen Modernisierungsplänen vor Ort profitieren. Ebenso im Asien-Pazifik-Raum planen die Unternehmen mit höheren Investitionsbudgets (Saldo 26 Punkte nach zuvor 19 Punkten). An ihren Standorten in Greater China halten sich die Unternehmen jedoch mit expansiven und defensiven Investitionsplänen nahezu die Waage (Saldo zwei Punkte nach zuvor minus neun Punkten). Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass etliche Unternehmen die Diversifizierung in Richtung eines stärkeren Engagements in Asien-Pazifik anstelle einer Erhöhung der Wertschöpfung in China vornehmen wollen.

Im Vergleich zur Vorumfrage im Herbst am deutlichsten zugenommen haben die Investitionsabsichten in Ost- und Südosteuropa (ohne EU, inkl. Türkei) (Saldo 21 Punkte nach zuvor minus 13 Punkten). Hier herrscht wieder mehr Planungssicherheit.<sup>3</sup> Expansiver als in der Vorumfrage, aber noch unter dem globalen Schnitt, zeigen sich die Investitionspläne der Unternehmen in der Eurozone (Saldo 18 Punkte nach zuvor sechs Punkten) und in der restlichen EU (sowie Schweiz, Norwegen, UK) (Saldo 12 Punkte nach zuvor minus drei Punkten).

Die Investitionspläne der Unternehmen in Süd- und Mittelamerika sind im weltweiten Vergleich unterdurchschnittlich und fallen geringer aus als in der Vorumfrage (Saldo acht Punkte nach zuvor 16 Punkten).

Auch die **Beschäftigungsabsichten** der global aktiven Unternehmen sind wieder expansiver als in der Vorumfrage. 38 Prozent der Unternehmen planen mit einem höheren Personalbestand in den kommenden zwölf Monaten (Herbst 2022: 35 Prozent). Zwölf Prozent planen mit einem geringeren Bestand (Herbst 2022: 15 Prozent). Der Saldo aus höheren und geringeren Beschäftigungsabsichten steigt auf 26 Punkte nach 20 Punkten in der Vorumfrage und liegt damit über dem langjährigen Schnitt von 22 Punkten. Nicht immer können die Unternehmen allerdings die offenen Stellen besetzen. Unternehmen mit höheren Beschäftigungsplänen nennen öfter das Risiko Fachkräftemangel (52 Prozent) als Unternehmen mit geringeren Beschäftigungsabsichten (33 Prozent).

An ihren nordamerikanischen Standorten haben die Unternehmen etwas geringere Beschäftigungsabsichten als in der Vorumfrage (Saldo 38 Punkte nach zuvor 42 Punkten). In Asien-Pazifik (ohne China) sind die Beschäftigungsabsichten ähnlich expansiv wie im Herbst (Saldo 36 Punkte nach zuvor 35 Punkten), ebenso in Afrika, Nah- und Mittelost (Saldo 26 Punkte nach zuvor 27 Punkten). In der Eurozone planen die Unternehmen mit einem deutlich höheren Personalbestand als in der Vorumfrage (Saldo 33 Punkte nach zuvor 12 Punkten). In den EU-Staaten außerhalb des gemeinsamen Währungsraums (sowie Schweiz, Norwegen, UK) steigen die Beschäftigungsabsichten leicht (Saldo 22 Punkte nach zuvor 19 Punkten). Nach negativen Beschäftigungsabsichten im Herbst haben auch die Unternehmen in Ost- und Südosteuropa wieder Pläne mehr Personal einzustellen (Saldo 25 Punkte nach zuvor minus zwölf Punkten).

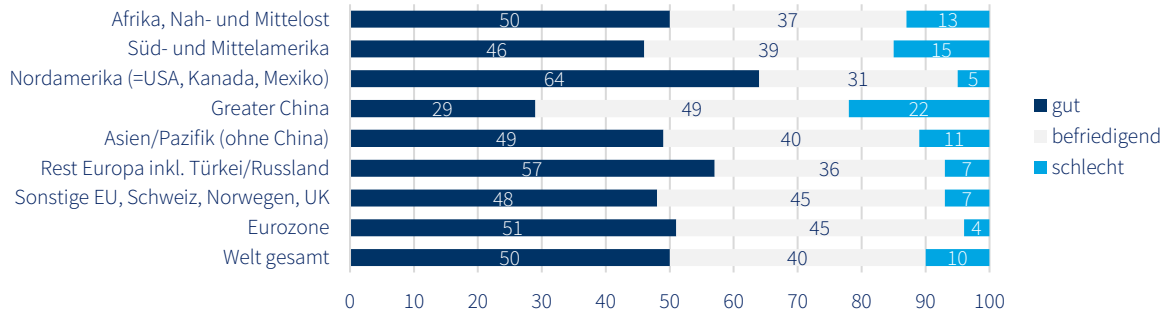
In Süd- und Mittelamerika verharren die Beschäftigungsabsichten auf ähnlichem Niveau wie in der Vorumfrage, sinken aber leicht (Saldo 15 Punkte nach zuvor 18 Punkten). In Greater China (Saldo vier Punkte nach zuvor 14 Punkten) sind die Pläne deutlich defensiver als in anderen Regionen und als im Herbst. Der Arbeitsmarkt hat sich nach dem Ende der Null-Covid-Politik noch nicht erholt.

<sup>2</sup> Im German American Business Outlook 2023 haben 17 Prozent der Unternehmen den IRA als Grund angegeben Investitionen in den USA auszubauen.

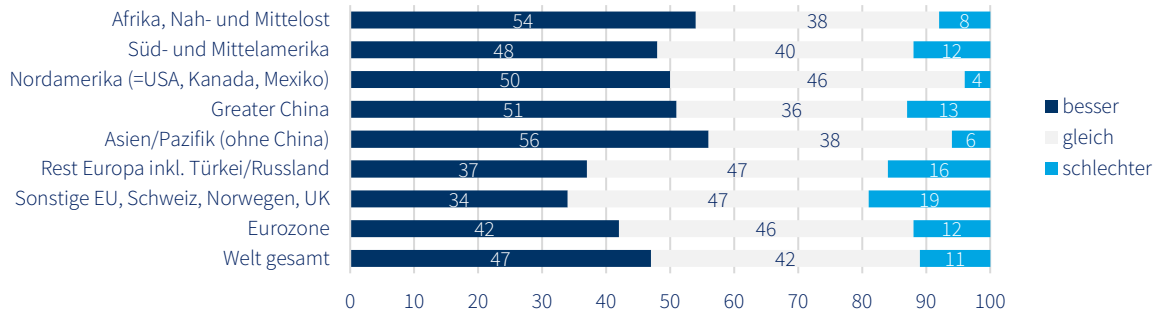
<sup>3</sup> Allerdings ist die Vergleichbarkeit zur Vorumfrage eingeschränkt, da Russland im Frühjahr 2023 aufgrund einer zu geringen Teilnehmerzahl nicht in die Auswertung einfließt.

## Übersicht der Ergebnisse nach Region (Anteile in Prozent)

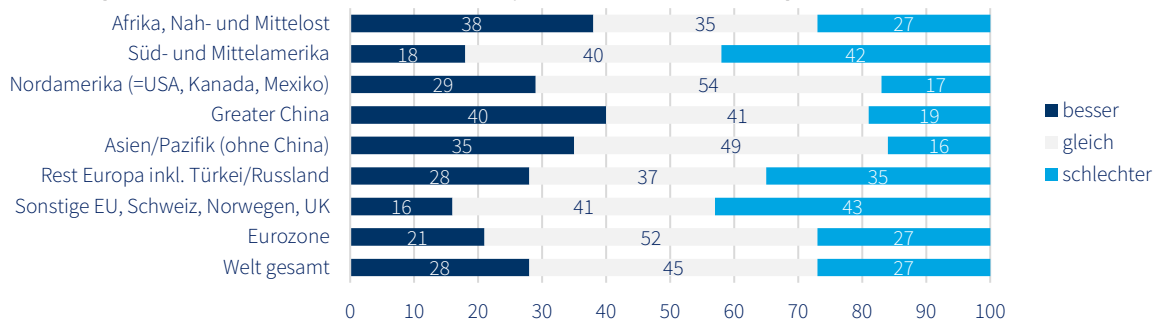
### Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen vor Ort



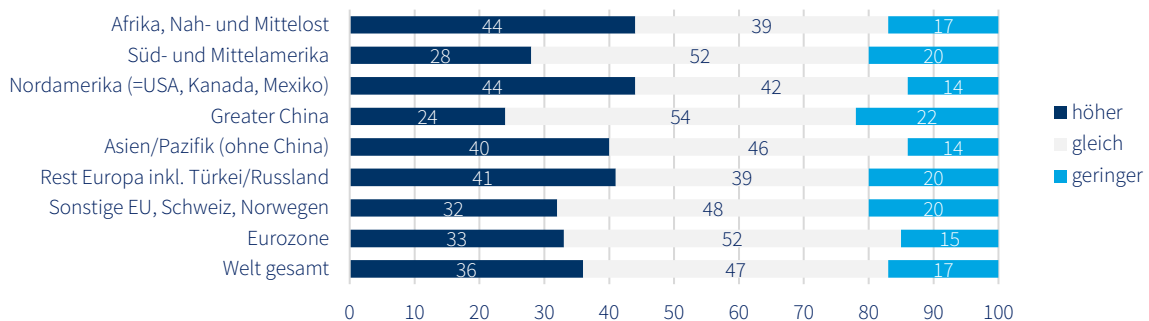
### Geschäftserwartungen der Unternehmen



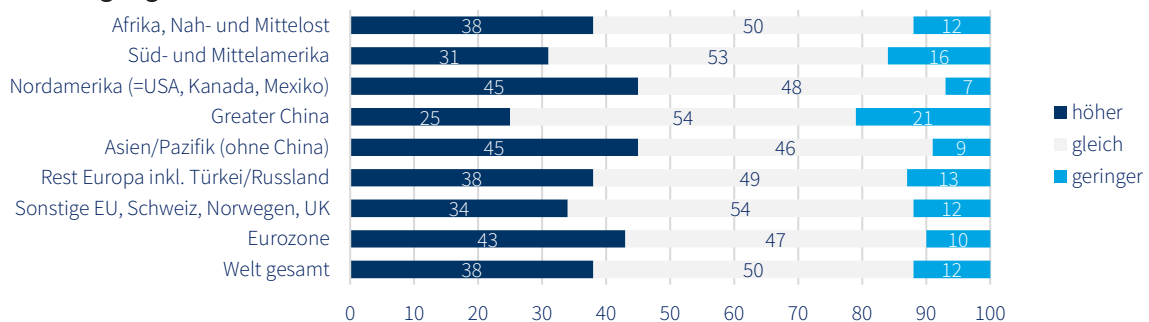
### Erwartungen der Unternehmen über die konjunkturelle Entwicklung vor Ort



### Investitionsabsichten der Unternehmen



### Beschäftigungsabsichten der Unternehmen





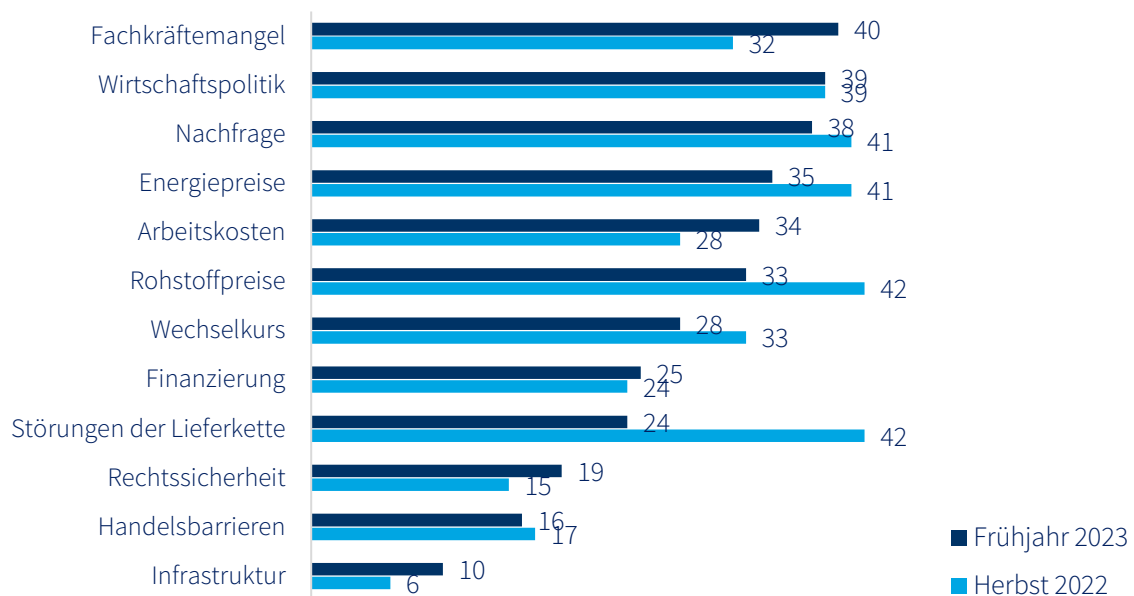
# Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland

Die aktuellen globalen Unsicherheiten schlagen sich in den vielfältigen Geschäftsrisiken der Unternehmen an ihren internationalen Standorten nieder. Geopolitische Risiken und immer wieder aufflackernde Nervosität an den Finanzmärkten belasten die Unternehmen. Insbesondere der Fachkräftemangel kristallisiert sich als zentrales Geschäftsrisiko heraus. Weiterhin bereitet den Unternehmen eine geringe Nachfrage nach ihren Produkten und Dienstleistungen Sorge. Hinzu kommen Risiken im Zusammenhang mit den anhaltenden hohen Inflationsraten und der restriktiven Geldpolitik der Notenbanken, wie schwankende Wechselkurse und ein zunehmendes Finanzierungsrisiko.

Die Verunsicherung der Unternehmen über die wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich etwa im Geschäftsrisiko der **wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen**, welches gleichbleibend zur Vorumfrage 39 Prozent der Unternehmen nennen. In einem Freitextfeld hatten die Unternehmen die Möglichkeit weitere Geschäftsrisiken zu benennen oder näher zu erläutern. Im Zusammenhang mit wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gehen die Betriebe vielfach auf Bürokratie und Regulierungen ein. Insbesondere in Süd- und Mittelamerika (61 Prozent) sehen die Unternehmen im Umgang mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen eine große Herausforderung.

Angesichts der weiterhin hohen Inflationsraten, die auch Kostenbelastungen bedeuten und die letztlich die Konsumnachfrage mindern, sowie einem insgesamt abgekühlten konjunkturellen Umfeld sehen noch immer 38 Prozent (Herbst 2022: 41 Prozent) in einer geringen **Nachfrage** ein Geschäftsrisiko. Überdurchschnittlich häufig melden Unternehmen an ihren chinesischen Standorten diese Sorge (59 Prozent). Trotz Ende der Null-Covid-Politik sind die Konsumenten noch zurückhaltend. Auch in der Eurozone (42 Prozent) und der restlichen EU (zzgl. Schweiz, Norwegen, UK) (45 Prozent) sehen überdurchschnittlich viele Unternehmen in einer geringen Nachfrage ein Risiko.

## Geschäftsrisiken der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Im Vergleich zur Vorumfrage am stärksten zugelegt hat das Risiko des **Fachkräftemangels**. 40 Prozent nach 32 Prozent im Herbst sorgen sich, nicht genügend qualifizierte Arbeitskräfte für ihr Unternehmen zu finden. Kein Risiko wird derzeit häufiger genannt. Das ist weltweit betrachtet ein neuer Höchststand. Insbesondere an ihren europäischen und nordamerikanischen Standorten (Eurozone: 48 Prozent, sonstige EU: 53 Prozent,

Nordamerika: 52 Prozent) erweist sich der Fachkräftemangel als riesige Herausforderung für die Unternehmen. Gleichzeitig hat das Risiko der **Arbeitskosten** wieder an Bedeutung gewonnen (34 nach zuvor 28 Prozent) und erreicht damit ebenfalls einen neuen Höchststand. Auch hier sind es die Unternehmen in der Eurozone (38 Prozent) und in Nordamerika (39 Prozent), die sich um höhere Lohnforderungen der Arbeitnehmer sorgen.

Andere angebotsseitige Engpässe haben zwar weiter nachgelassen, **Störungen in der Lieferkette** stellen aber noch für ein Viertel (24 Prozent) der befragten Unternehmen ein zentrales Geschäftsrisiko (Herbst 2022: 42 Prozent). Die Aufhebung der Null-Covid-Politik in China hat dazu beigetragen, dass sich die globalen Lieferketten wieder stabilisiert haben. Auch die schwächere Nachfrage – anders als in einem erwarteten weltweiten Aufschwung – führt dazu, dass Lieferketten insgesamt entlastet werden. Zudem haben die Unternehmen in den vergangenen Jahren einige Maßnahmen ergriffen – wie die Erweiterung ihres Lieferantennetzwerks oder die Erhöhung der Lagerhaltung –, um sich besser auf mögliche Störungen vorzubereiten. Überdurchschnittlich häufiger fürchten noch Unternehmen in Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko) (38 Prozent) und im Asien-Pazifik-Raum (ohne China) (37 Prozent) Lieferkettenstörungen. Dort läuft die Konjunktur besser und die Engpässe sind folglich stärker.

Der Preisdruck bei den Energie- und Rohstoffpreisen hat merklich nachgelassen. Aber immer noch 35 Prozent der Unternehmen sehen in **Energiepreisen** ein zentrales Geschäftsrisiko. Im Vergleich zum Herbst 2022 (41 Prozent) hat dieses Risiko am stärksten und zum zweiten Mal in Folge an Bedeutung verloren. So sind etwa die Gaspreise wieder von ihren Höchstständen gesunken. Weiterhin gibt es entscheidende Unterschiede zwischen den Regionen. In der Eurozone stellen hohe Energiepreise für 44 Prozent der Unternehmen (Herbst 2022: 57 Prozent) ein zentrales Geschäftsrisiko dar, in Nordamerika hingegen nur für 14 Prozent und in Süd- und Mittelamerika nur für elf Prozent.

Auch **Rohstoffpreise** stellen mit 33 Prozent für etwas weniger Unternehmen als zuletzt (Herbst 2022: 42 Prozent) ein Geschäftsrisiko dar. Viele auf dem Weltmarkt gehandelte Rohstoffe haben sich mit den nachlassenden Lieferkettenstörungen und der geringeren Nachfrage preislich verringert. Unternehmen in Afrika, Nah- und Mittelost sehen überdurchschnittlich häufig darin ein Geschäftsrisiko (45 Prozent nach zuvor 51 Prozent). Die rohstoffreichen und rohstoffexportierenden Länder sind von Preisschwankungen auf den Weltmärkten besonders betroffen.

Die globalen Unsicherheiten im Bereich der Geldpolitik bleiben bestehen. Neben kurzfristigen Auswirkungen sehen die Unternehmen darin auch die zentrale Herausforderung in den nächsten fünf Jahren, wie das nachfolgende Kapitel zeigt. Das Risiko schwankender **Wechselkurse** sinkt im Vergleich zur Vorumfrage leicht, bleibt aber auf hohem Niveau (28 nach 33 Prozent). Für Unternehmen, die international Waren handeln, sorgen schwankende Wechselkurse für Planungsunsicherheiten. Häufiger als im globalen Durchschnitt sehen Unternehmen in Afrika, Nah- und Mittelost (51 Prozent) in den schwankenden Wechselkursen eine Herausforderung für die Abwicklung ihrer Geschäfte.

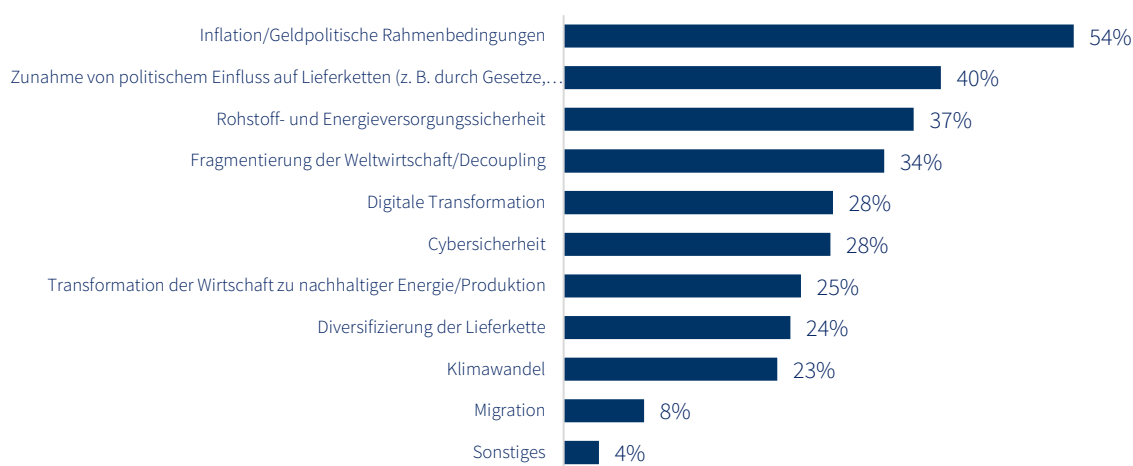
Um die hohen Inflationsraten einzudämmen, verfolgen die Zentralbanken weltweit eine restriktivere Geldpolitik. Die Zinsanstiege verteuern die Finanzierungskosten für Unternehmen. 25 Prozent der Unternehmen (Herbst 2022: 24 Prozent) sehen in der **Finanzierung** daher ein Geschäftsrisiko. Zuletzt haben im Herbst 2020 in Folge der Corona-Pandemie noch mehr Unternehmen das Finanzierungsrisiko benannt (Herbst 2020: 27 Prozent). Ansonsten ist der aktuelle Anteil der Unternehmen mit diesem Problem relativ hoch. In Afrika, Nah- und Mittelost (38 Prozent) blicken noch mehr Unternehmen mit Sorge auf die Finanzierungssituation. Zudem sorgen sich kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern häufiger um die Finanzierung (29 Prozent), als Unternehmen mit 100 bis 1.000 Beschäftigten (23 Prozent) und mehr als 1.000 Mitarbeitern (21 Prozent).

Auf gleichbleibendem Niveau zur Vorumfrage sehen sich die Unternehmen mit **Handelsbarrieren** beziehungsweise der Bevorzugung einheimischer Unternehmen konfrontiert (16 nach zuvor 17 Prozent). Häufiger als in der Vorumfrage sehen sich Unternehmen an ihren internationalen Standorten mit fehlender **Rechtssicherheit** konfrontiert (19 Prozent nach zuvor 16 Prozent), wobei vor allem Unternehmen an ihren süd- und mittelamerikanischen Standorten (35 Prozent) davon berichten. Zehn Prozent bemängeln zudem die **Infrastruktur** vor Ort (Herbst 2022: sechs Prozent), häufiger in Nordamerika (13 Prozent) und der sonstigen EU (inkl. Schweiz, Norwegen, UK) (13 Prozent).

# Geopolitische Herausforderungen

Die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine und der zunehmende Protektionismus verändern die Weltwirtschaft. Hinzu kommen die Herausforderungen zur Bewältigung des Klimawandels und die digitale und grüne Transformation der Wirtschaft. Die Unternehmen sehen sich an ihren internationalen Standorten mit verschiedenen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert und finden sich in einem insgesamt unsicheren makroökonomischen und geopolitischen Umfeld wieder. Insbesondere hohe Inflationsraten und die geldpolitischen Rahmenbedingungen sowie der zunehmende politische Einfluss auf Lieferketten machen den Unternehmen zu schaffen. Neben den gegebenen Antwortoptionen hatten die Unternehmen in einem Freitextfeld die Möglichkeit weitere Herausforderungen zu benennen. Dabei teilten die Unternehmen insbesondere Sorgen in Bezug auf die Auswirkungen des Kriegs und allgemeine politische Spannungen.

## Geopolitische Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



## Unsicheres makroökonomisches und geopolitisches Umfeld

Für 54 Prozent der Unternehmen stellen die hohen **Inflationsraten** und die **geldpolitischen Rahmenbedingungen** eine der größten Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren dar. Beides wirkt sich negativ auf die Geschäfte der Unternehmen aus. Hohe Inflationsraten steigern die Kosten für Vorleistungen. Zudem mindern sie die Kaufkraft und verringern damit die Nachfrage der Konsumenten. Um die Inflation einzudämmen haben zahlreiche Zentralbanken ihre Leitzinsen angehoben. Diese Straffung der Geldpolitik führt auch zu höheren Kreditkosten, was die Finanzierung für Unternehmen teurer macht und zu höherer Planungsunsicherheit führt. Überdurchschnittlich häufig nennen Unternehmen etwa in Süd- und Mittelamerika (62 Prozent) diese Herausforderung. Auch in Nordamerika sehen mit 61 Prozent mehr Unternehmen als im globalen Durchschnitt eine Herausforderung darin.

Zwei von fünf Unternehmen (40 Prozent) beurteilen die **Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten** als eine der größten Herausforderungen. Zunehmend beeinflussen Handelshemmnisse sowie Gesetze und Vorschriften zu Umwelt- und Sozialstandards, wie und wo Unternehmen ihre Lieferketten aufbauen können. Die politische Einflussnahme auf Lieferketten kann durch die entstehenden Berichtspflichten zu höheren Kosten und einem erhöhten Planungsaufwand bei den Unternehmen führen und damit der notwendigen Diversifizierung von Lieferketten im Wege stehen. Besonders an ihren Standorten in Greater China (63 Prozent) nehmen die Unternehmen den politischen Einfluss auf Lieferketten als Herausforderung wahr. In der Eurozone (26 Prozent) sind es hingegen deutlich weniger Unternehmen.

Über ein Drittel der Unternehmen (34 Prozent) sorgt sich insbesondere um eine **Fragmentierung der Weltwirtschaft** und einem **Decoupling**. Dies spiegelt die wachsenden Spannungen im internationalen Handel wider. Der

Brexit und der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China sind Beispiele für einen zunehmenden Protektionismus. Zudem werden unter dem Begriff „friendshoring“ Debatten darüber geführt mit welchen Ländern man künftig den Handel aus- und mit welchen man ihn eher abbauen sollte. Auch eine Fragmentierung der Weltwirtschaft kann der Diversifizierung von Lieferketten im Wege stehen. Mit 59 Prozent sehen überdurchschnittlich häufig Unternehmen in Greater China die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft kritisch. China verfolgt eine Dual-Circulation-Strategie, nach der die Wirtschaft in zwei Kreisläufe geteilt wird, um sich vom Außenhandel unabhängiger zu machen: einen für den Binnenmarkt und einen für den internationalen Handel.

Aufgrund der Erfahrungen durch die Corona-Pandemie und den wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine stellen zahlreiche Unternehmen ihre Lieferketten um. In der **Diversifizierung ihrer Lieferketten** sehen 24 Prozent der Unternehmen eine der größten Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren. Im Vergleich zu den anderen Herausforderungen wird dies als weniger schwierig eingeschätzt. Am häufigsten sehen Unternehmen an ihren Standorten in Asien-Pazifik (ohne China) (30 Prozent) und in China (29 Prozent) diese Herausforderung, am wenigsten häufig in Süd- und Mittelamerika (16 Prozent).

## Energie- und Rohstoffversorgung und grüne Transformation

37 Prozent der Unternehmen sehen in der künftigen **Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und Energie** eine Herausforderung. Nach den Erfahrungen von unterbrochenen Lieferketten und Knappheiten von Rohstoffen sowie hohen Energiekosten sorgen sich die Unternehmen um eine zuverlässige Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Geopolitische Spannungen können zudem in Handelsbarrieren resultieren, die die Rohstoff- und Energielieferketten unterbrechen. Häufiger als im globalen Durchschnitt sorgen sich die Unternehmen an ihren Standorten in Afrika, Nah- und Mittelost (44 Prozent) vor einer unzureichenden Rohstoff- und Energieversorgung. In China (30 Prozent) und Süd- und Mittelamerika (32 Prozent) hingegen seltener.

Ein Viertel der Unternehmen (25 Prozent) sieht in der **Transformation zu nachhaltiger Energie und Produktion** eine der größten geopolitischen Herausforderungen. Die Umstellung auf umweltfreundliche und nachhaltige Produktionsverfahren und Unternehmensaktivitäten erfordert einen hohen Investitionsbedarf und eine Umstrukturierung zahlreicher Prozesse: sei es die Umstellung auf erneuerbare Energien, energieeffizientere Produktionsverfahren oder die Nutzung alternativer oder recycelter Materialien. Mehr als ein Drittel der Unternehmen in der Eurozone (36 Prozent) sieht darin eine Herausforderung und damit doppelt so häufig wie in Afrika, Nah- und Mittelost oder China (jeweils 18 Prozent).

Der **Klimawandel** wird von 23 Prozent der befragten Unternehmen als eine der größten geopolitischen Herausforderungen in den kommenden fünf Jahren genannt. Neben der Transformation zu nachhaltiger Energie und umweltschonenden Produktionsprozessen sehen sich die Unternehmen in der Verpflichtung Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen. Dies erfordert auch eine Umstellung von Prozessen innerhalb der Unternehmen und zieht Investitionen nach sich. Häufiger als im globalen Schnitt sehen Unternehmen an ihren süd- und mittelamerikanischen Standorten diese Herausforderung (32 Prozent).

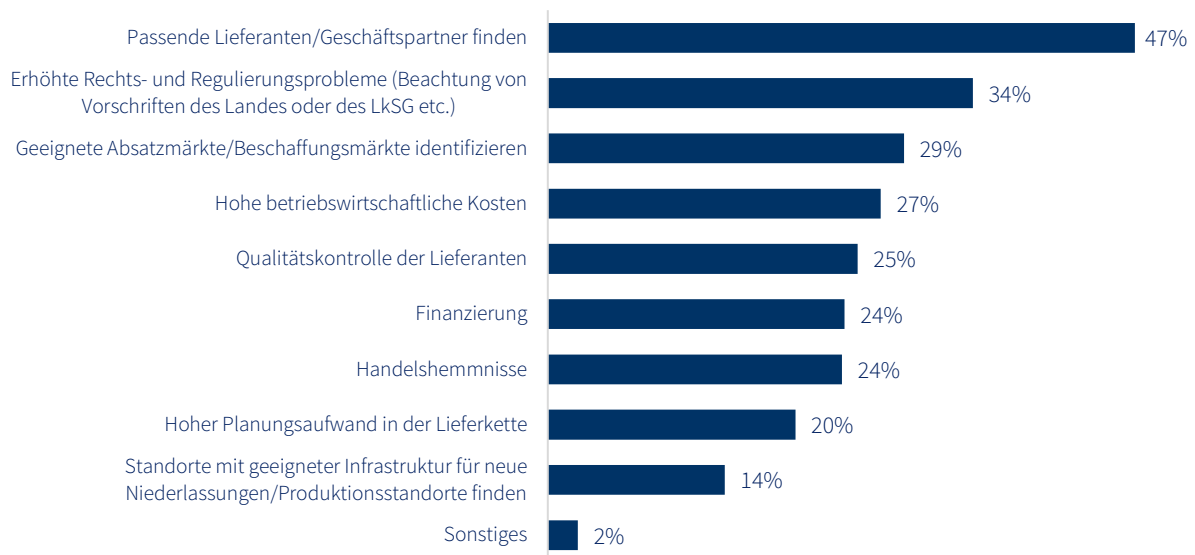
## Digitale Transformation und Migration

Mit jeweils 28 Prozent sehen die Unternehmen sowohl in der **digitalen Transformation** als auch in der **Cybersicherheit** große geopolitische Herausforderungen. Die digitale Transformation umfasst etwa die Einführung neuer digitaler Technologien wie künstliche Intelligenz, Big Data, Cloud Computing und das Internet der Dinge. Die IT-Infrastruktur und auch Geschäftsmodelle müssen angepasst werden. Gleichzeitig steigt die Bedrohung durch Cyberangriffe, die schwerwiegende Folgen für Unternehmen haben können. Sowohl die digitale Transformation also auch die Cybersicherheit erfordern viele Investitionen. Unternehmen in der Eurozone und in Nordamerika sorgen sich überdurchschnittlich häufig um ihre IT-Sicherheit (37 Prozent). Globale Herausforderungen wie der Klimawandel und lokale Herausforderungen wie politische Spannungen können zu **Migration** führen. Acht Prozent der Unternehmen sehen darin eine der größten geopolitischen Risiken in den kommenden Jahren. Migration kann in den Ländern, aus denen die Menschen ziehen etwa zu einem Arbeitskräftemangel – z.B. Brain-Drain – führen. Unternehmen in Ost- und Südosteuropa (18 Prozent) und in Süd- und Mittelamerika (13 Prozent) sehen weit häufiger in der Migration eine Herausforderung.

# Herausforderung: Lieferkettendiversifizierung

Die Veränderung von Lieferketten und die Erschließung neuer Absatz- und Beschaffungsmärkte gehört zum unternehmerischen Alltag. Aufgrund der Erfahrungen unterbrochener Lieferketten in Folge der Corona-Pandemie und den geopolitischen Risiken passen nun jedoch vermehrt Unternehmen ihre Lieferketten an. Die Diversifizierung ist zu einer Notwendigkeit geworden, um Risiken zu streuen und Resilienz aufzubauen. Dazu erweitern und verändern Unternehmen ihr Lieferantennetzwerk, verlagern Standorte und erschließen neue Märkte. Für weltweit 86 Prozent der Unternehmen ist dieser Prozess mit Herausforderungen verbunden.

## Herausforderungen bei der Diversifizierung von Lieferketten und Absatzmärkten (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



## Passende Geschäftspartner und Märkte finden

Trotz der Absicht vieler Unternehmen zusätzliche Lieferanten oder alternative Märkte und Standorte zu suchen, besteht genau darin die Herausforderung. Knapp die Hälfte der Unternehmen hat Probleme **passende Lieferanten oder Geschäftspartner** zu finden (48 Prozent). Qualität der Produkte, Preis-Leistungs-Verhältnis, Zuverlässigkeit und auch die geographische Nähe zu Produktionsstätten oder Absatzmärkten spielen bei der Geschäftsanbahnung eine wichtige Rolle.<sup>4</sup> Insbesondere an ihren Standorten in Greater China (53 Prozent), in Nordamerika und in der Eurozone (jeweils 51 Prozent) sehen die Unternehmen im Auftreiben passender Lieferanten und Geschäftspartner eine Herausforderung.

**Geeignete Absatzmärkte oder Beschaffungsmärkte zu identifizieren** ist für 29 Prozent eine Herausforderung. Bevor neue Märkte für den Absatz oder zur Beschaffung erschlossen werden, müssen die Märkte analysiert werden – etwa die Kundenbedürfnisse, die wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und die Wettbewerbssituation in den Märkten.

**Standorte mit geeigneter Infrastruktur für neue Niederlassungen/Produktionsstandorte zu finden** ist für immerhin 14 Prozent der Unternehmen, die Herausforderungen bei der Diversifizierung sehen, eine Hürde. Zu den

<sup>4</sup> In einer Sonderauswertung des AHK World Business Outlooks Herbst 2021 hatten Unternehmen als relevante Faktoren bei der Suche nach neuen oder zusätzlichen Lieferanten die Zuverlässigkeit der Lieferanten, Produktqualität und das Preis-Leistungs-Verhältnis am wichtigsten eingestuft. Auch die geographische Lage der Lieferanten spielt eine wichtige Rolle.

wichtigen Standortfaktoren gehören etwa die Verfügbarkeit von Fachkräften, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, die Rechtssicherheit und die Höhe der Energie- und Stromkosten.<sup>5</sup>

## Bürokratie und Handelshemmnisse

**Erhöhte Rechts- und Regulierungsprobleme** wie etwa die Beachtung von Vorschriften des Landes oder des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) gehören mit 34 Prozent der Nennungen zu den größten Herausforderungen bei der Diversifizierung von Lieferketten oder Absatzmärkten. Intransparente oder unklare Vorschriften oder solche, die zu enormen bürokratischen Belastungen führen, können Unternehmen daran hindern, neue Märkte zu erschließen oder Geschäftsbeziehungen aufzubauen. Für knapp ein Viertel der Unternehmen (24 Prozent) besteht eine zentrale Herausforderung in den **Handelshemmnissen**. Tarifäre Handelshemmnisse wie Zölle und nicht-tarifäre Handelshemmnisse wie lokale Zertifizierungsanforderungen können zu hohen Kosten und Planungsaufwand führen. Insbesondere in Greater China und Asien-Pazifik (ohne China) (jeweils 37 Prozent) sehen sich die Unternehmen durch erhöhte Rechts- und Regulierungsprobleme in ihren Diversifizierungsvorhaben eingeschränkt.

## Kosten und Planungsaufwand

Zu den regulatorischen Schwierigkeiten kommen praktische Herausforderungen hinzu. 25 Prozent der Unternehmen sehen Probleme darin, die **Qualität** neuer oder bestehender Lieferanten zu **kontrollieren**. Je diverser und größer das Lieferantennetzwerk ist, desto herausfordernder kann es sein, alle Lieferstrukturen im Blick zu behalten. Damit geht ein **hoher Planungsaufwand in der Lieferkette** einher, den 20 Prozent der Unternehmen als Herausforderung sehen. Ein diverseres Netz an Lieferanten und Märkten ist zudem mit **hohen betriebswirtschaftlichen Kosten** (27 Prozent) verbunden. Jedes fünfte Unternehmen sorgt sich in diesem Zusammenhang um die **Finanzierung** (24 Prozent).

---

<sup>5</sup> Dies haben die Unternehmen in der Sonderauswertung des AHK World Business Outlook Herbst 2021 als relevante Faktoren bei der Wahl neuer Produktionsstandorte zurückgemeldet.

# Regional Business Outlooks

## Eurozone

Die Wirtschaft im Euroraum ist zwar besser durch den Winter gekommen als im Herbst erwartet wurde – eine Rezession ist bisher ausgeblieben – aber die Unsicherheit über die künftige Entwicklung ist weiterhin hoch. Hohe Energiepreise, Inflationsraten und Zinsen belasten die Unternehmen. Entsprechend gedämpft sind die Konjunkturerwartungen der Unternehmen für die Eurozone. 21 Prozent erwarten eine wirtschaftliche Besserung in den kommenden zwölf Monaten, 27 Prozent jedoch eine Verschlechterung. Damit überwiegen die Pessimisten noch immer leicht (Saldo minus sechs Punkte). Zwar haben sich die Erwartungen gegenüber der Herbst-Umfrage (Saldo minus 41 Punkte) damit insgesamt deutlich gebessert, sie liegen aber noch unter dem langjährigen Schnitt für die Region von einem Saldopunkt.

**Slowenien** bildet aktuell das Schlusslicht bei den Konjunkturerwartungen in der Eurozone (Saldo minus 43 Punkte). Auch in **Frankreichs** Wirtschaft zeichnet sich noch keine Dynamik ab (Saldo minus 21 Punkte), was sich in sehr verhaltenen Investitionsabsichten (Saldo drei Punkte) niederschlägt. Im regionalen Vergleich positiver zeigen sich die Konjunkturerwartungen in **Italien** (Saldo sechs Punkte) und **Griechenland** (Saldo neun Punkte).

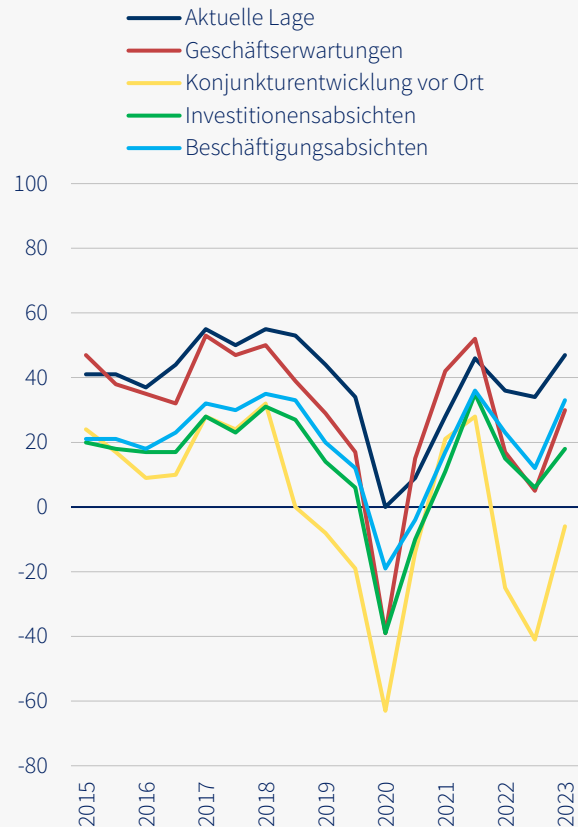
Entsprechend den positiveren aber noch immer gedämpften Erwartungen für die wirtschaftliche Entwicklung steigen die Geschäftserwartungen (Saldo 30 Punkte) sowie Investitions- (Saldo 18 Punkte) und Beschäftigungsabsichten (Saldo 33 Punkte) der Unternehmen in der Eurozone.

Ihre aktuelle Geschäftslage beurteilt ein Großteil der Unternehmen als gut (51 Prozent) oder befriedigend (45 Prozent). Lediglich vier Prozent der Unternehmen berichtet aktuell von schlechten Geschäften (Saldo 47 Punkte).

Größte Risikofaktoren für die geschäftliche Entwicklung in der Eurozone sind der Fachkräftemangel (48 Prozent), die hohen Energiepreise (44 Prozent) sowie eine geringe Nachfrage (42 Prozent) und steigende Arbeitskosten (38 Prozent).

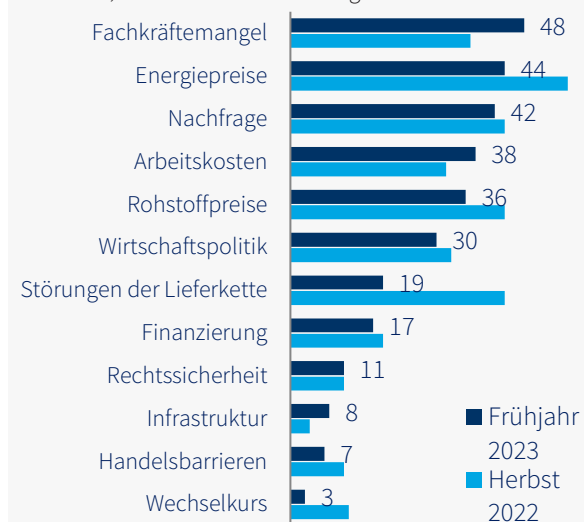
### Deutsche Unternehmen in der Eurozone

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in der Eurozone

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



## Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, Vereinigtes Königreich

Ähnlich wie in der Eurozone hat sich die Wirtschaft in den EU-Staaten außerhalb des gemeinsamen Währungsraum, sowie in der Schweiz, Norwegen und dem Vereinigten Königreich (UK) besser als noch im Herbst erwartet entwickelt. Die Erwartungen an die konjunkturelle Entwicklung in den jeweiligen Ländern sind in der Region allerdings so pessimistisch wie in keiner anderen derzeit. Hohe Energiepreise dämpfen die Erwartungen. Lediglich 16 Prozent erwarten einen wirtschaftlichen Aufschwung in den kommenden Monaten, 43 Prozent hingegen eine konjunkturelle Abkühlung (Saldo minus 27 Punkte). Dennoch ist dies eine deutliche Verbesserung im Vergleich zur Vorumfrage (Saldo minus 70 Punkte), der langjährige Schnitt liegt bei minus acht Punkten.

Insbesondere in **Polen** (Saldo minus 51 Punkte) und in **Ungarn** (Saldo minus 36 Punkte) haben die Unternehmen überwiegend pessimistische Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung. Auch im **Vereinigten Königreich** (Saldo minus 14 Punkte) überwiegen die Erwartungen einer konjunkturellen Abkühlung. Positivere Erwartungen haben die Unternehmen in **Bulgarien** (Saldo zwei Punkte).

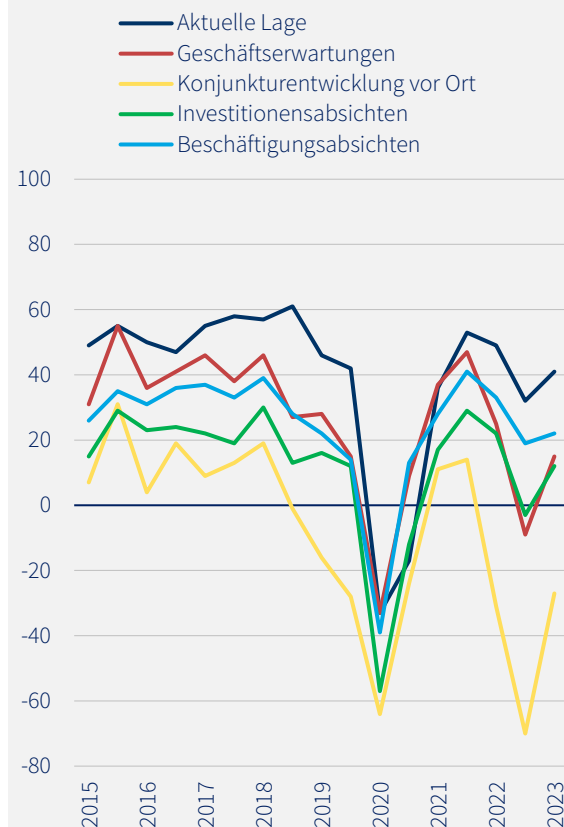
Trotz des pessimistischen Ausblicks für die Wirtschaft erwarten die Unternehmen selbst wieder deutlich bessere Geschäfte. Im Gegensatz zur Vorumfrage überwiegen die Optimisten wieder (Saldo 15 Punkte). Entsprechend steigen auch die Investitionsabsichten der Unternehmen wieder an (Saldo zwölf Punkte).

Auch die aktuelle Geschäftslage wird von den Unternehmen als überwiegend gut (48 Prozent) und befriedigend (45 Prozent) bezeichnet. Nur sieben Prozent bewerten ihre aktuellen Geschäfte als schlecht (Saldo 41 Prozent).

Insbesondere hohe Energiepreise (58 Prozent), Fachkräftemangel (53 Prozent) und steigende Arbeitskosten (52 Prozent) bereiten den Unternehmen Sorgen. In keiner anderen Weltregion werden die drei Geschäftsrisiken häufiger genannt.

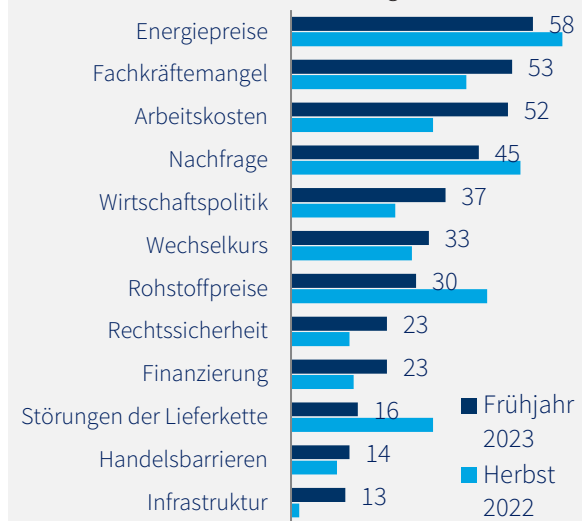
### Deutsche Unternehmen in der Sonstigen EU (plus Schweiz, Norwegen, UK)

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in der Sonstigen EU (plus Schweiz, Norwegen, UK)

in Prozent, Mehrfachantworten möglich





## Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Türkei<sup>6</sup>

Die ost- und südosteuropäischen Staaten außerhalb der EU sowie Türkei sind weiterhin mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Während Ost- und Südosteuropa durch die geographische Nähe zum russischen Krieg in der Ukraine die Auswirkungen spürt, hat die Türkei mit den Folgen des Erdbebens im Februar sowie einer anhaltend hohen Inflation zu kämpfen. Die Konjunkturerwartungen haben sich im Vergleich zum Herbst deutlich gebessert, verharren im Saldo aber noch immer im negativen Bereich: Ein Anteil von 28 Prozent der Unternehmen mit positiven Erwartungen steht einem Anteil von 35 Prozent mit negativen Erwartungen gegenüber (Saldo minus sieben Punkte). Im Herbst betrug der Saldo minus 61 Punkte, der langjährige Schnitt liegt bei minus 17 Punkten.

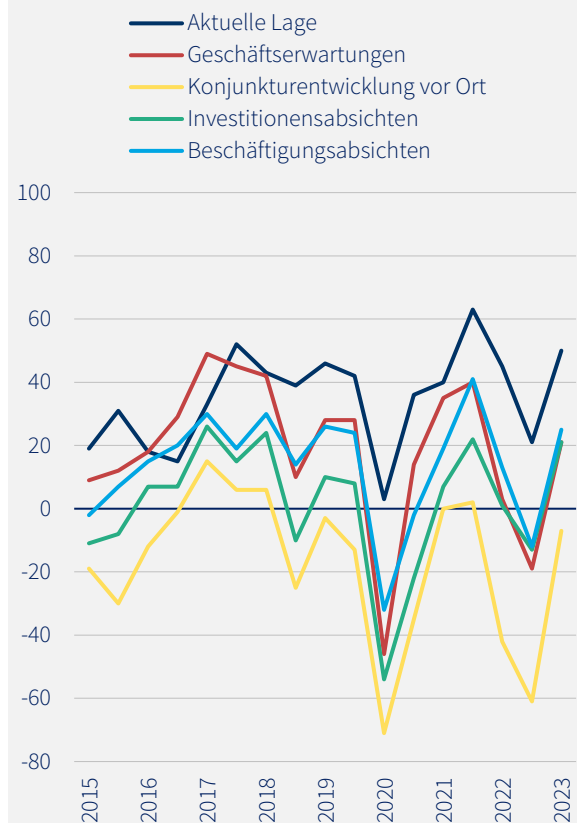
Insbesondere für **Weißrussland** haben die Unternehmen getrübt Konjunkturerwartungen (Saldo minus 70 Punkte). In der **Türkei** haben sich die Erwartungen an die Wirtschaft deutlich verbessert, verharren aber noch im negativen Bereich (Saldo minus vier Punkte). Deutlich optimistischer blicken die Unternehmen in **Bosnien und Herzegowina** (Saldo 29 Punkte) auf die Wirtschaftsentwicklung.

Die aktuelle Geschäftslage der Unternehmen ist indes im globalen Vergleich überdurchschnittlich positiv: 57 Prozent der Unternehmen berichten von guten Geschäften, lediglich sieben Prozent von schlechten (Saldo 50 Punkte). Ungeachtet der noch überwiegend pessimistischen Konjunkturerwartungen sind die Unternehmen zudem hinsichtlich ihrer eigenen Geschäftsentwicklung zuversichtlich (Saldo 21 Punkte), was sich positiv auf die Investitions- und Beschäftigungsabsichten (Saldo 21 und 25 Punkte) auswirkt.

44 Prozent der Unternehmen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ein Geschäftsrisiko. Auch der Fachkräftemangel (41 Prozent), hohe Energiepreise (35 Prozent) und steigende Arbeitskosten (35 Prozent) gehören zu den dominierenden Risikofaktoren in der Region.

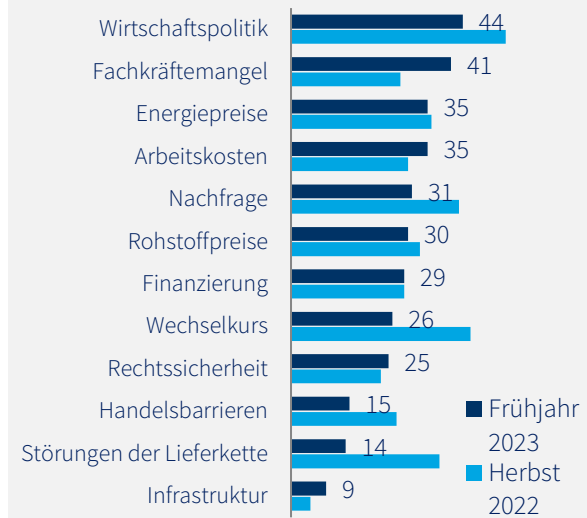
### Deutsche Unternehmen in Ost- und Südosteuropa (ohne EU), Türkei

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in Ost- und Südosteuropa

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



<sup>6</sup> Russland nicht enthalten.

## Nordamerika (USA, Kanada, Mexiko)

Nachlassende, aber noch hohe Inflationsraten und hohe Zinsen bestimmen die US-Wirtschaft und sorgen für Unsicherheiten über die künftige Entwicklung. Allerdings zeigt sich der Arbeitsmarkt noch robust und die Unternehmen haben überwiegend positive Erwartungen an die Wirtschaftsentwicklung. Die US-Wirtschaft hat einen maßgeblichen Einfluss auf Mexiko und Kanada. In Nordamerika rechnen 29 Prozent mit einer positiven konjunkturellen, 17 Prozent mit einer schlechteren Entwicklung (Saldo zwölf Punkte). Noch in der Vorumfrage waren die Konjunkturerwartungen mit minus 21 Saldopunkten deutlich im negativen Bereich. Der langjährige Schnitt liegt bei zwölf Punkten.

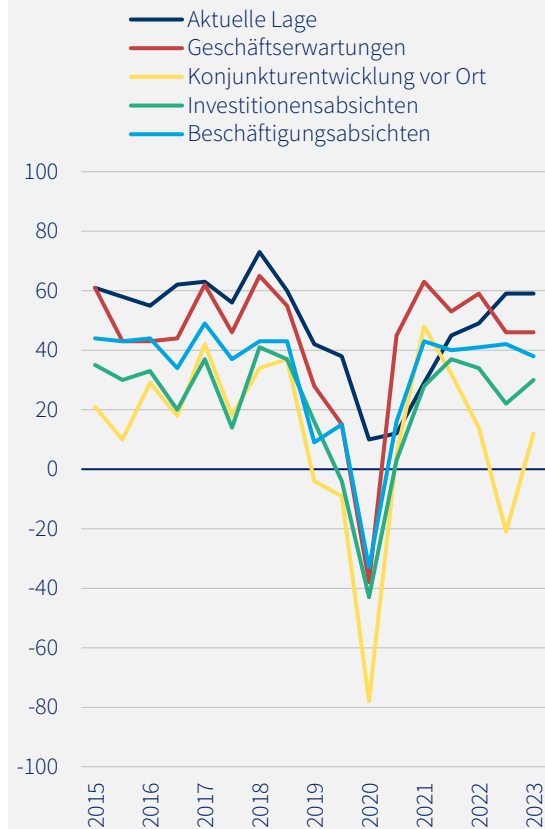
Mit einem Wirtschaftswachstum rechnen die Unternehmen sowohl in den **USA** (Saldo 13 Punkte) als auch in **Mexiko** (Saldo zwölf Punkte). In **Kanada** überwiegen hingegen die Pessimisten noch leicht (Saldo minus drei Punkte).

Konstant zur Vorumfrage berichtet ein Großteil der Unternehmen in Nordamerika von einer guten Geschäftslage. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) der Unternehmen haben derzeit gute Geschäfte, 31 Prozent befriedigende und lediglich fünf Prozent schlechte (Saldo 59 Punkte). In Mexiko hat sich die Geschäftslage hingegen verschlechtert (Saldo minus 16 Punkte).

Auch die Geschäftserwartungen sind im globalen Vergleich überdurchschnittlich positiv (Saldo 46 Punkte), was sich in expansiven Investitionsabsichten (Saldo 30 Punkte) und Beschäftigungsabsichten niederschlägt (Saldo 38 Punkte).

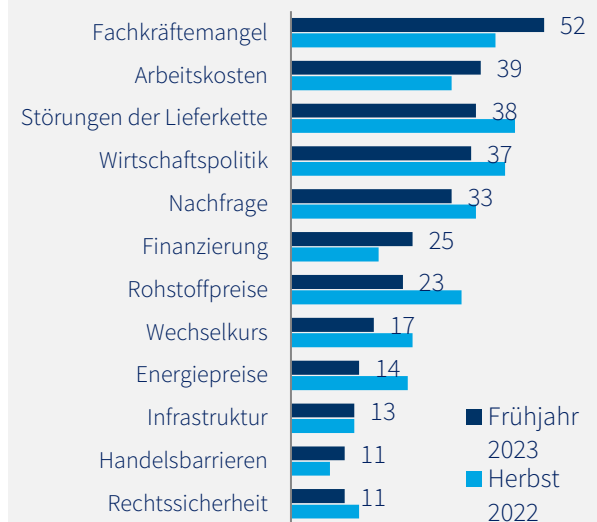
Ähnlich wie in Europa sorgen sich die Unternehmen in Nordamerika insbesondere um den Fachkräftemangel (52 Prozent) und steigende Arbeitskosten (39 Prozent). Zudem stellen Lieferkettenstörungen ein noch immer nicht zu vernachlässigendes Geschäftsrisiko dar (38 Prozent).

Deutsche Unternehmen in Nordamerika  
Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in Nordamerika

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



## Süd- und Mittelamerika

In den süd- und mittelamerikanischen Staaten hat sich der wirtschaftliche Ausblick eingetrübt, nachdem sich die Volkswirtschaften noch im vergangenen Jahr durch Aufholeffekte nach der Pandemie gut entwickelt hatten. Insbesondere hohe Inflationsraten belasten die Wirtschaft, in Argentinien waren die Preissteigerungen zuletzt im dreistelligen Prozentbereich. Zudem sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen etwa in Brasilien unsicher. Lediglich 18 Prozent der Unternehmen erwarten einen wirtschaftlichen Aufschwung in den kommenden zwölf Monaten, 42 Prozent hingegen eine konjunkturelle Abkühlung. Damit sinkt der Saldo auf minus 24 Punkte, nach minus 16 Punkten in der Vorumfrage. Somit liegen die Erwartungen weit unter dem langjährigen Schnitt von vier Punkten.

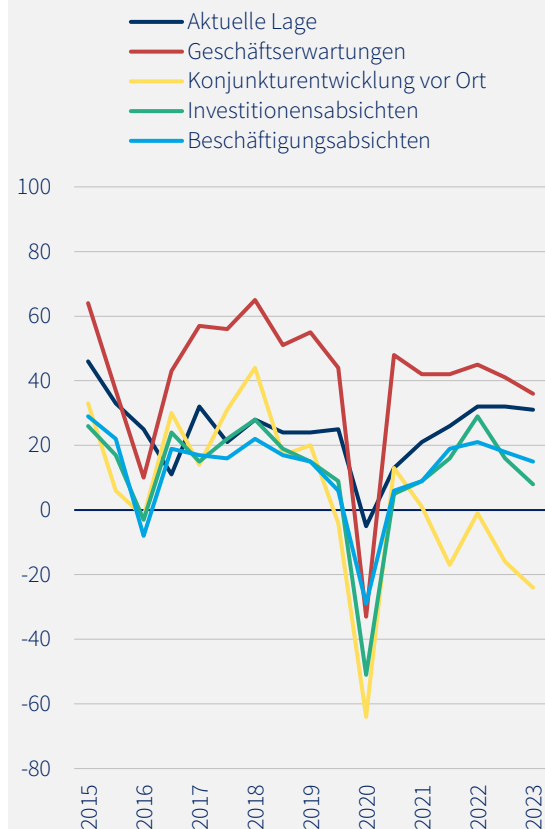
Im Vergleich zur Vorumfrage haben sich die Konjunkturerwartungen der Unternehmen in **Brasilien** deutlich verschlechtert (Saldo minus 17 Punkte nach zuvor 39 Punkten). Auch in **Argentinien** sind die Unternehmen pessimistisch mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung (Saldo minus 64 Punkte nach zuvor minus 61 Punkten).

Entsprechend der pessimistischen Konjunkturerwartungen sind die Investitionsabsichten der Unternehmen verhalten: Zwar planen 28 Prozent mit höheren Investitionsbudgets, 20 Prozent jedoch mit geringeren (Saldo acht Punkte). Auch die Beschäftigungsabsichten fallen geringer als in der Vorumfrage aus (Saldo 15 Punkte). Die Geschäftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorumfrage allerdings nur leicht verschlechtert (Saldo 36 Punkte nach zuvor 41 Punkten).

Am häufigsten sehen die Unternehmen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Risiken für ihre geschäftliche Entwicklung (61 Prozent) – analog zu den Vorumfragen wird dieses Risiko in keiner anderen Region so häufig genannt. Eine fehlende Rechtssicherheit (35 Prozent) und eine geringe Nachfrage (35 Prozent) sorgt die Unternehmen ebenfalls.

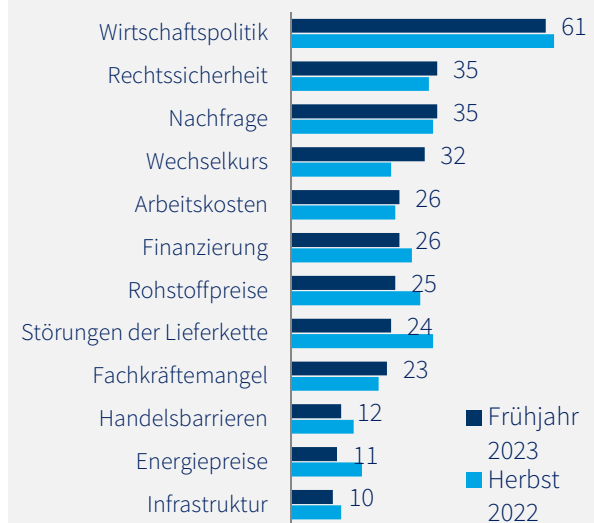
### Deutsche Unternehmen in Süd- und Mittelamerika

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in Süd- und Mittelamerika

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



## Asien-Pazifik-Raum (ohne Greater China)

Die Länder im Asien-Pazifik-Raum können von der Öffnung Chinas nach Ende der Null-Covid-Politik profitieren, was zu einer Stabilisierung in den Lieferketten führt. Die Region kann aber auch von einem gesteigerten Interesse durch die Diversifizierung von Lieferketten profitieren.

Über ein Drittel der Unternehmen (35 Prozent) erwartet eine bessere wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten, 16 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung (Saldo 19 Punkte nach zuvor minus neun Punkten). Somit liegen die Erwartungen wieder über dem langjährigen Schnitt von zehn Punkten. Aktuell sind die Unternehmen lediglich an ihren Standorten in Greater China noch optimistischer hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung.

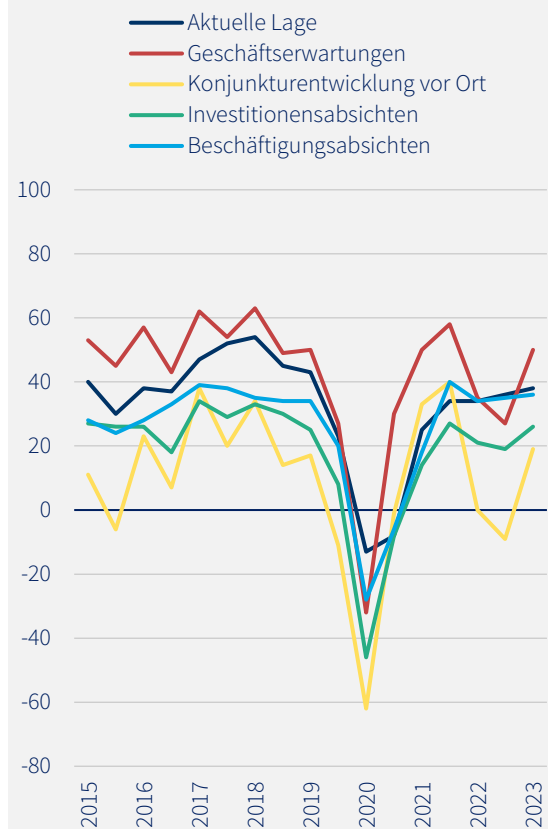
Vor allem in **Indien** (Saldo 57 Punkte) und auf den **Philippinen** (Saldo 50 Punkte) rechnen die Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Aufschwung. Überwiegend optimistisch, aber deutlich verhaltener, sind die Erwartungen der Unternehmen in **Japan** (Saldo zwei Punkte) und in **Singapur** (Saldo vier Punkte). Im Pazifik erwarten die Unternehmen hingegen überwiegend eine konjunkturelle Abkühlung, sowohl in **Australien** (Saldo minus neun Punkte) als auch in **Neuseeland** (Saldo minus 45 Punkte).

Aufgrund der positiven Erwartungen schrauben die Unternehmen auch die Erwartungen an ihre eigene Geschäftsentwicklung deutlich nach oben (Saldo 50 Punkte). Somit erwarten die Unternehmen künftig wieder bessere Geschäfte als die aktuelle Lage (Saldo 38 Punkte). Die Unternehmen passen auch ihre Investitions- und Beschäftigungspläne nach oben an, im Vergleich zur Vorumfrage allerdings nur leicht (Saldo 26 und 36 Punkte).

42 Prozent der Unternehmen sehen ihre Geschäftsentwicklung durch den Fachkräftemangel negativ beeinflusst. 41 Prozent sehen eine geringe Nachfrage mit Sorge und 37 Prozent Störungen in der Lieferkette.

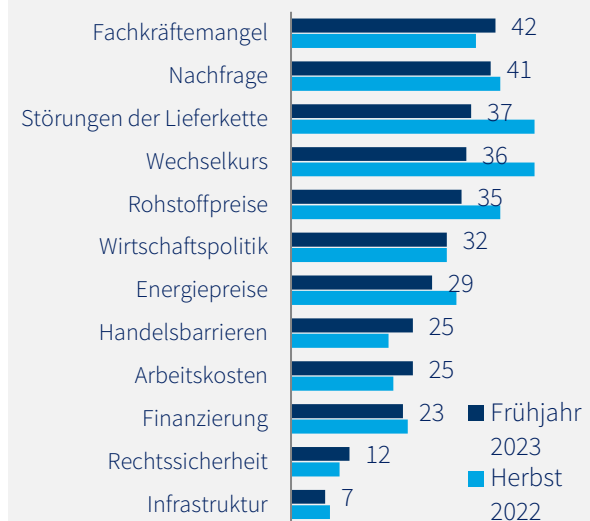
### Deutsche Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum (ohne Greater China)

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen im Asien-Pazifik-Raum (ohne Greater China)

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



## Greater China

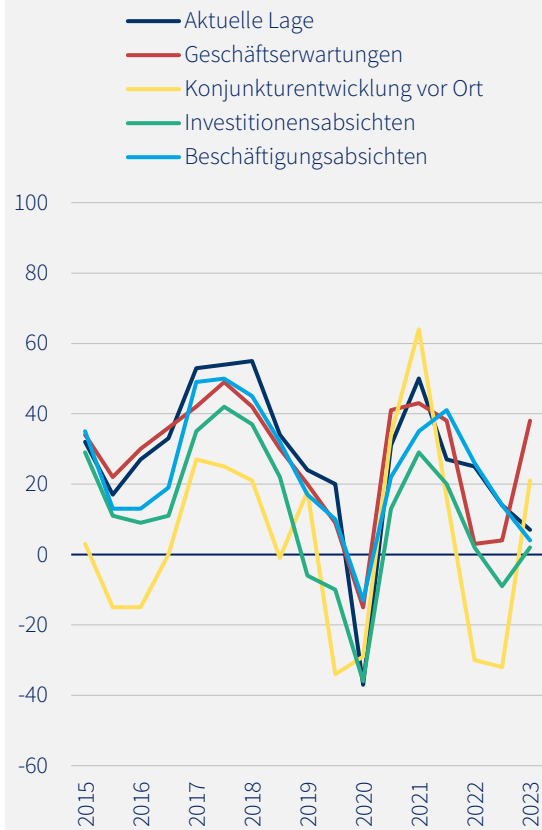
Nach der Aufhebung der Null-Covid-Maßnahmen in China belebt sich die Wirtschaft erst langsam. Die Konsumenten sind noch zurückhaltend, Herausforderungen im Immobiliensektor bleiben bestehen. Dies zeigen die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage und den Erwartungen. Während die Konjunktur- und Geschäftserwartungen der Unternehmen für die kommenden zwölf Monate deutlich positiver als in der Vorumfrage ausfallen (im Herbst 2022 war noch kein Ende der Null-Covid-Maßnahmen in Sicht), beurteilen die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage schlechter als im Herbst. 29 Prozent der Unternehmen berichten von guten Geschäften, 22 Prozent von schlechten (Saldo sieben Punkte). Im globalen Vergleich bewerten die Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage an ihren Standorten in Greater China somit am negativsten.

Allerdings dürfte die chinesische Wirtschaft aus Sicht der Unternehmen wieder an Fahrt gewinnen. Zwei von fünf Unternehmen (40 Prozent) rechnen mit einem konjunkturellen Aufschwung, 19 Prozent mit einem Abschwung (Saldo 21 Punkte). Mehr als jedes zweite Unternehmen (51 Prozent) erwartet zudem eine positive Entwicklung der eigenen Geschäfte, 13 Prozent eine Verschlechterung (Saldo 38 Punkte). Dennoch bleiben die Investitions- und Beschäftigungsabsichten der Unternehmen eher passiv (Saldo zwei und vier Punkte).

Vor allem in der **Volksrepublik China** blicken die Unternehmen zuversichtlich auf die Wirtschaftsentwicklung (Saldo 23 Punkte). In **Hongkong** (Saldo 15 Punkte) und in **Taiwan** (Saldo 0 Punkte) sind die Unternehmen weniger optimistisch.

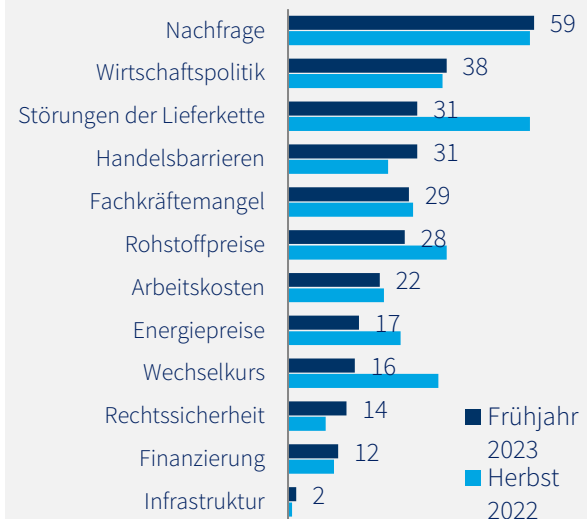
Dominierendes Risiko aus Sicht der Unternehmen ist eine geringe Nachfrage (59 Prozent), die dort häufiger als in anderen Weltregionen geäußert wird. Zudem stellen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (38 Prozent), Störungen in der Lieferkette (31 Prozent) und Handelsbarrieren (31 Prozent) zentrale Risikofaktoren dar.

Deutsche Unternehmen in Greater China  
Saldo in Punkten



Risiken für deutsche Unternehmen in Greater China

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



## Afrika, Nah- und Mittelost

In Subsahara-Afrika sowie den Staaten im Nahen und Mittleren Osten sind die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung durchwachsen. Rohstoffreiche Länder können von der gesteigerten Nachfrage im Energiebereich profitieren. Andererseits sind die Schuldenstände in zahlreichen Ländern hoch und Wechselkurschwankungen wirken sich negativ aus. Insgesamt sind die Konjunkturaussichten für die kommenden zwölf Monate zuversichtlich. 38 Prozent der Unternehmen erwarten, dass sich die Wirtschaft vor Ort verbessern wird, 27 Prozent erwarten eine Verschlechterung (Saldo 11 Punkte). Bereits im Herbst waren die Konjunkturerwartungen überwiegend positiv (Saldo fünf Punkte). Der langjährige Schnitt liegt bei minus zwei Punkten.

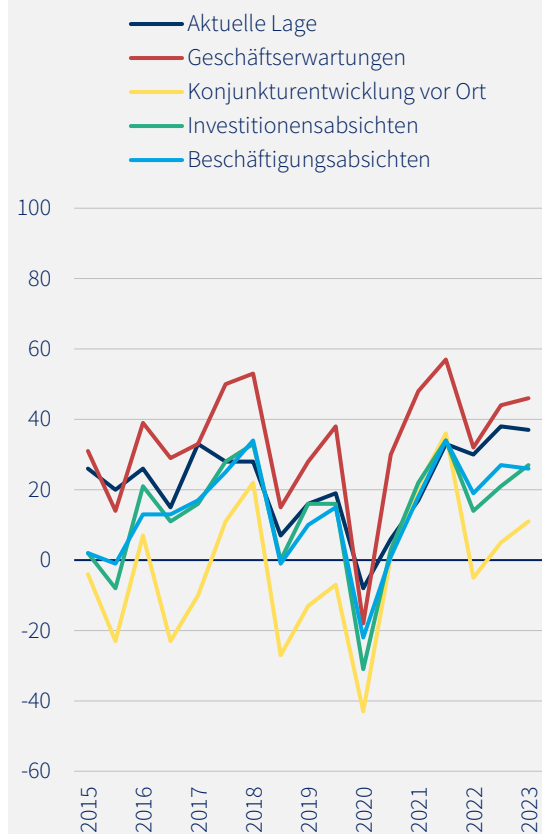
Während sich die Wirtschaft in **Saudi-Arabien** (Saldo 68 Punkte) und den **Vereinigten Arabischen Emiraten** (Saldo 46 Punkte) nach Einschätzungen der Unternehmen gut entwickeln wird, gehen die Unternehmen im **Iran** (Saldo minus 46 Punkte) und in **Südafrika** (Saldo minus 45 Punkte) überwiegend von einer konjunkturellen Abkühlung aus.

Jedes zweite Unternehmen hat aktuell eine gute Geschäftslage, lediglich 13 Prozent berichten von schlecht laufenden Geschäften (Saldo 37 Punkte). Auch mit Blick auf die Entwicklung der eigenen Geschäfte in den kommenden zwölf Monate zeigen sich die Unternehmen überwiegend zuversichtlich. 54 Prozent der Unternehmen gehen von besseren Geschäften aus, lediglich acht Prozent von schlechteren (Saldo 46 Punkte).

Geschäftsrisiken sehen die Unternehmen in der Region insbesondere in schwankenden Wechselkursen (51 Prozent), den Rohstoffpreisen (45 Prozent) und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (39 Prozent). Zudem ist die Finanzierung mit 38 Prozent für weit mehr Unternehmen eine Herausforderung als in anderen Weltregionen.

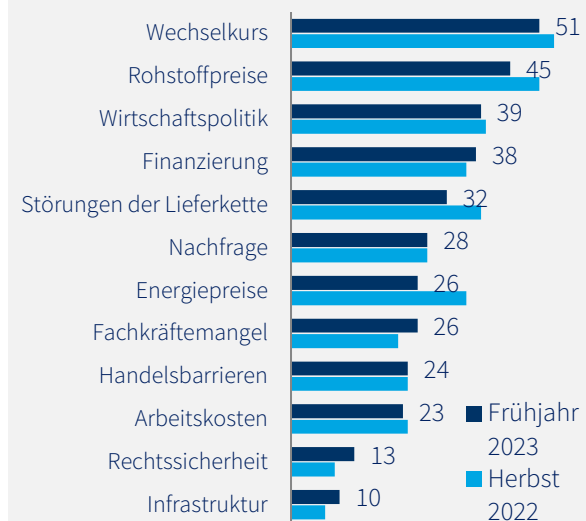
### Deutsche Unternehmen in Afrika, Nah- und Mittelost

Saldo in Punkten



### Risiken für deutsche Unternehmen in Afrika, Nah- und Mittelost

in Prozent, Mehrfachantworten möglich



# Statistischer Anhang

## Auswertung der Ergebnisse nach Ländern

Jeweils Saldo aus gut/besser-Antworten minus schlecht/geringer-Antworten

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
<b>Weltweit</b>	<b>40</b>	<b>36</b>	<b>1</b>	<b>19</b>	<b>26</b>
<b>Eurozone</b>	<b>47</b>	<b>30</b>	<b>-6</b>	<b>18</b>	<b>33</b>
Belgien	50	0	-17	13	17
Estland	47	34	11	17	13
Frankreich	34	29	-21	3	33
Griechenland	64	49	9	24	36
Irland	30	15	-6	21	12
Italien	60	41	6	28	43
Kroatien	45	46	1	32	42
Lettland	36	57	-22	28	24
Litauen	78	56	9	28	49
Niederlande	48	5	-9	-4	19
Portugal	29	33	-2	11	17
Slowakei	40	24	-1	17	33
Slowenien	47	3	-43	22	13
Spanien	42	19	-3	26	37
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>41</b>	<b>15</b>	<b>-27</b>	<b>12</b>	<b>22</b>
Bulgarien	60	36	2	39	36
Dänemark	42	31	-12	23	15
Großbritannien u. Nordirland (UK)	46	32	-14	27	39
Norwegen	49	33	-2	18	22
Polen	46	-5	-51	0	15
Rumänien	36	30	-4	15	26
Schweden	52	36	-23	12	32
Schweiz	32	2	-29	8	2
Tschechien	32	13	-18	9	18
Ungarn	30	2	-36	10	19
<b>Rest Europa (ohne EU), Türkei/Russland</b>	<b>50</b>	<b>21</b>	<b>-7</b>	<b>21</b>	<b>25</b>
Albanien	18	30	-5	23	16
Aserbaidschan	45	64	9	40	32
Bosnien und Herzegowina	50	57	29	43	44
Kosovo	43	60	23	60	51
Nordmazedonien	16	16	-38	0	19
Serbien	41	40	-6	22	38
Türkei	66	15	-4	16	26
Weißrussland (Belarus)	8	-23	-70	-7	-19
<b>Asien/Pazifik (ohne China)</b>	<b>38</b>	<b>50</b>	<b>19</b>	<b>26</b>	<b>36</b>
Australien	53	49	-9	15	30
Indien	53	59	57	41	45
Japan	22	41	2	13	32

	Aktuelle Geschäftslage	Geschäfts- erwartungen	Konjunkturerwar- tungen vor Ort	Investitions- absichten	Beschäftigungs- absichten
<b>Weltweit</b>	<b>40</b>	<b>36</b>	<b>1</b>	<b>19</b>	<b>26</b>
Kasachstan	61	57	26	45	48
Korea (Süd)	14	33	-16	8	28
Malaysia	33	64	18	22	33
Neuseeland	41	14	-45	-21	9
Philippinen	58	74	50	44	43
Singapur	41	37	4	20	16
Sri Lanka	6	36	28	-3	-4
Thailand	50	63	39	44	54
Usbekistan	67	50	58	83	54
Vietnam	24	42	-9	27	28
<b>Greater China</b>	<b>7</b>	<b>38</b>	<b>21</b>	<b>2</b>	<b>4</b>
China, VR	5	40	23	1	4
Hongkong	0	26	15	-17	-21
Taiwan	30	28	0	18	25
<b>Nordamerika</b>	<b>59</b>	<b>46</b>	<b>12</b>	<b>30</b>	<b>38</b>
Kanada	73	40	-3	17	17
Mexiko	39	66	12	50	51
USA	60	45	13	30	38
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>31</b>	<b>36</b>	<b>-24</b>	<b>8</b>	<b>15</b>
Argentinien	26	-13	-64	-15	15
Bolivien	5	11	-69	-25	-18
Brasilien	33	44	-17	3	19
Chile	44	50	-19	31	11
Ecuador	27	56	-30	21	5
Kolumbien	40	30	-53	0	27
Paraguay	33	66	45	58	55
Peru	28	39	-3	9	11
Uruguay	49	36	22	20	21
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>37</b>	<b>46</b>	<b>11</b>	<b>27</b>	<b>26</b>
Ägypten	42	42	-1	18	22
Algerien	-6	32	15	40	26
Äthiopien	4	52	8	30	8
Iran	-15	17	-46	-6	-23
Kenia	35	42	3	38	42
Saudi-Arabien	64	60	68	53	49
Südafrika	42	35	-45	-12	16
Tansania	47	77	44	51	40
Tunesien	37	45	-15	40	28
Vereinigte Arabische Emirate	36	59	46	38	38



## Geschäftsrisiken für deutsche Unternehmen im Ausland

in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Infrastruktur	Handelsbarrieren / Bevorzugung	Störungen der Lieferkette
<b>Weltweit</b>	<b>38</b>	<b>25</b>	<b>34</b>	<b>40</b>	<b>28</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>19</b>	<b>39</b>	<b>10</b>	<b>16</b>	<b>24</b>
<b>Eurozone</b>	<b>42</b>	<b>17</b>	<b>38</b>	<b>48</b>	<b>3</b>	<b>44</b>	<b>36</b>	<b>11</b>	<b>30</b>	<b>8</b>	<b>7</b>	<b>19</b>
Belgien	38	17	50	42	4	71	54	17	46	17	8	46
Estland	50	13	54	39	0	43	33	0	13	2	11	4
Frankreich	47	16	27	44	2	34	47	5	19	3	7	40
Griechenland	40	28	32	43	6	43	43	13	43	15	9	17
Irland	27	30	27	42	0	27	52	9	15	6	3	45
Italien	48	18	28	54	4	45	33	9	43	7	8	29
Kroatien	26	23	41	51	5	43	23	18	25	8	11	0
Lettland	40	16	38	36	2	58	31	18	36	15	5	0
Litauen	31	18	44	47	0	49	22	9	5	5	4	4
Niederlande	9	10	17	45	5	31	26	5	24	16	9	19
Portugal	64	14	43	36	2	31	60	10	31	2	7	45
Slowakei	56	1	50	57	0	57	34	13	33	11	10	0
Slowenien	43	19	62	56	4	62	49	18	50	7	9	0
Spanien	60	15	32	49	1	36	41	16	34	3	0	42
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>45</b>	<b>23</b>	<b>52</b>	<b>53</b>	<b>33</b>	<b>58</b>	<b>30</b>	<b>23</b>	<b>37</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>16</b>
Bulgarien	33	20	61	66	2	45	27	23	41	11	6	0
Dänemark	58	27	31	23	15	19	35	4	12	8	4	27
Großbritannien u. Nordirland (UK)	32	9	34	55	21	41	25	16	30	16	41	30
Norwegen	33	13	24	44	19	28	31	7	54	13	7	39
Polen	52	30	68	42	45	82	0	45	53	19	22	0
Rumänien	38	20	63	61	13	55	39	15	31	23	8	0
Schweden	52	17	18	38	32	31	43	2	15	12	2	25
Schweiz	44	20	27	63	17	34	32	17	51	2	27	29
Tschechien	46	16	57	57	39	60	37	6	12	5	4	0
Ungarn	47	30	50	58	52	68	45	30	40	10	15	39
<b>Rest Europa (ohne EU), Türkei/Russland</b>	<b>31</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>41</b>	<b>26</b>	<b>35</b>	<b>30</b>	<b>25</b>	<b>44</b>	<b>9</b>	<b>15</b>	<b>14</b>
Albanien	26	19	43	64	33	38	38	31	36	10	26	0
Aserbaidshjan	32	41	14	23	45	23	23	18	27	9	14	36
Bosnien und Herzegowina	21	19	39	49	0	40	31	31	43	19	9	0
Kosovo	23	37	49	58	6	38	30	22	29	9	21	0
Nordmazedonien	47	38	55	69	3	69	41	40	45	28	7	7
Serbien	38	21	28	29	6	35	27	12	35	3	7	2
Türkei	18	41	41	30	75	33	34	25	60	1	12	26
Weißrussland (Belarus)	47	15	6	26	42	2	15	36	62	6	36	66
<b>Asien/Pazifik (ohne China)</b>	<b>41</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>42</b>	<b>36</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>12</b>	<b>32</b>	<b>7</b>	<b>25</b>	<b>37</b>
Australien	47	14	26	53	16	30	23	2	28	5	9	35
Indien	44	17	24	21	37	25	56	7	19	5	24	35

	Nachfrage	Finanzierung	Arbeitskosten	Fachkräftemangel	Wechselkurs	Energiepreise	Rohstoffpreise	Rechtssicherheit	Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen	Infrastruktur	Handelsbarrieren / Bevorzugung	Störungen der Lieferkette
<b>Weltweit</b>	<b>38</b>	<b>25</b>	<b>34</b>	<b>40</b>	<b>28</b>	<b>35</b>	<b>33</b>	<b>19</b>	<b>39</b>	<b>10</b>	<b>16</b>	<b>24</b>
Japan	35	6	18	55	65	40	49	3	14	0	18	45
Kasachstan	20	24	16	49	56	16	24	29	27	7	36	49
Korea (Süd)	51	19	44	28	26	23	35	21	28	0	35	35
Malaysia	62	24	27	51	24	24	31	7	33	7	13	24
Neuseeland	52	19	52	67	24	19	33	0	57	10	24	38
Philippinen	22	30	24	44	34	34	32	20	35	15	23	39
Singapur	56	21	52	48	15	38	33	6	25	6	19	50
Sri Lanka	49	45	19	30	75	26	28	11	55	6	47	32
Thailand	46	14	13	45	29	34	38	13	25	0	20	29
Usbekistan	4	38	21	63	29	46	33	8	33	4	25	58
Vietnam	51	26	22	34	15	25	25	15	46	22	22	28
<b>Greater China</b>	<b>59</b>	<b>12</b>	<b>22</b>	<b>29</b>	<b>16</b>	<b>17</b>	<b>28</b>	<b>14</b>	<b>38</b>	<b>2</b>	<b>31</b>	<b>31</b>
China, VR	64	7	28	28	14	11	24	16	48	1	39	33
Hongkong	59	18	24	26	18	32	41	18	32	3	26	21
Taiwan	45	20	5	33	20	18	25	5	20	3	15	38
<b>Nordamerika</b>	<b>33</b>	<b>25</b>	<b>39</b>	<b>52</b>	<b>17</b>	<b>14</b>	<b>23</b>	<b>11</b>	<b>37</b>	<b>13</b>	<b>11</b>	<b>38</b>
Kanada	40	30	30	50	10	13	23	7	37	10	3	40
Mexiko	27	20	32	27	41	12	20	29	63	20	12	39
USA	33	25	44	61	10	15	23	6	29	11	13	38
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>35</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>23</b>	<b>32</b>	<b>11</b>	<b>25</b>	<b>35</b>	<b>61</b>	<b>10</b>	<b>12</b>	<b>24</b>
Argentinien	21	25	17	25	66	8	26	40	72	9	42	43
Bolivien	33	27	29	8	59	5	18	56	80	6	15	32
Brasilien	38	15	33	29	28	10	26	44	42	8	6	24
Chile	42	17	31	25	39	14	25	31	72	6	0	17
Ecuador	32	37	23	16	5	14	30	46	73	15	10	18
Kolumbien	41	24	21	17	52	17	28	28	83	10	17	31
Paraguay	27	48	21	39	30	12	36	21	52	18	3	24
Peru	47	19	8	14	14	3	17	33	86	11	8	14
Uruguay	24	14	44	29	43	13	21	7	23	1	8	15
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>28</b>	<b>38</b>	<b>23</b>	<b>26</b>	<b>51</b>	<b>26</b>	<b>45</b>	<b>13</b>	<b>39</b>	<b>10</b>	<b>24</b>	<b>32</b>
Ägypten	26	40	23	12	66	25	55	7	38	6	19	38
Algerien	38	41	18	41	32	26	59	29	44	9	44	38
Äthiopien	20	72	28	32	56	16	48	20	48	16	32	40
Iran	26	47	24	32	68	16	24	11	71	16	39	18
Kenia	39	26	6	13	74	26	39	10	58	3	23	23
Saudi-Arabien	20	30	35	49	16	20	41	15	25	7	21	42
Südafrika	40	17	23	50	67	43	37	23	43	30	23	30
Tansania	21	49	16	40	35	26	30	21	40	16	30	26
Tunesien	33	23	14	30	37	44	40	21	34	17	14	0
Vereinigte Arabische Emirate	34	36	39	25	29	20	34	13	36	13	39	38

## Welches sind die größten geopolitischen Herausforderungen aus Sicht der Unternehmen in den kommenden fünf Jahren?

in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Fragmentierung/ Decoupling	Diversifizierung der Lieferkette	Klimawandel	Transformation Nachhaltig- keit	Rohstoff- und Energie- versorgungssicherheit	Digitale Transformation	Cybersicherheit	Politischer Einfluss Liefer- ketten	Inflation/Geldpolitik	Migration	Sonstiges
<b>Weltweit</b>	<b>34</b>	<b>24</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>37</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>40</b>	<b>54</b>	<b>8</b>	<b>4</b>
<b>Eurozone</b>	<b>30</b>	<b>18</b>	<b>25</b>	<b>36</b>	<b>41</b>	<b>36</b>	<b>37</b>	<b>26</b>	<b>47</b>	<b>5</b>	<b>3</b>
Belgien	50	33	29	42	58	25	46	46	54	8	0
Frankreich	34	17	26	32	48	38	51	25	42	4	7
Griechenland	30	13	28	30	22	39	37	17	54	9	4
Irland	25	19	28	41	47	34	31	16	59	9	0
Italien	15	24	25	43	38	46	39	28	39	6	3
Niederlande	39	14	21	33	26	23	21	19	19	2	2
Portugal	38	19	17	31	48	33	26	26	64	7	2
Spanien	38	18	32	41	51	36	44	23	67	4	0
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>20</b>	<b>21</b>	<b>22</b>	<b>27</b>	<b>37</b>	<b>26</b>	<b>32</b>	<b>39</b>	<b>52</b>	<b>6</b>	<b>10</b>
Dänemark	16	20	16	24	32	24	40	20	60	8	4
Großbritannien u. Nordirland (UK)	25	25	21	33	35	35	37	42	60	0	29
Norwegen	17	19	32	28	43	20	35	46	46	9	7
Schweden	19	17	22	25	38	13	16	28	55	3	3
Schweiz	24	22	17	24	34	44	39	54	42	15	5
<b>Rest Europa (ohne EU), Türkei/Russland</b>	<b>39</b>	<b>23</b>	<b>17</b>	<b>22</b>	<b>33</b>	<b>26</b>	<b>26</b>	<b>54</b>	<b>66</b>	<b>18</b>	<b>1</b>
Aserbaidshjan	36	18	9	23	18	50	46	36	55	0	5
Türkei	37	15	28	29	42	23	21	45	81	16	0
Weißrussland (Belarus)	47	43	0	4	13	19	28	79	45	25	0
<b>Asien/Pazifik (ohne China)</b>	<b>39</b>	<b>30</b>	<b>19</b>	<b>25</b>	<b>37</b>	<b>25</b>	<b>26</b>	<b>45</b>	<b>49</b>	<b>7</b>	<b>3</b>
Australien	26	23	16	21	42	33	56	40	42	7	0
Indien	45	22	14	22	55	18	12	43	51	1	7
Japan	55	40	11	32	43	34	26	23	29	3	2
Kasachstan	27	42	9	24	29	11	24	71	60	9	4
Korea (Süd)	47	28	21	44	33	35	30	54	51	2	2
Malaysia	46	16	16	25	39	23	14	46	50	0	2
Neuseeland	36	18	41	5	27	36	27	41	64	27	0
Philippinen	32	33	36	26	34	35	37	42	47	13	5
Singapur	56	38	25	35	38	25	46	40	38	4	4
Sri Lanka	30	42	15	11	36	19	17	51	74	30	2
Thailand	41	20	20	23	45	21	16	50	46	2	4
Usbekistan	17	42	4	8	21	13	17	58	67	4	0
Vietnam	42	31	19	31	29	22	20	40	45	2	2
<b>Greater China</b>	<b>59</b>	<b>29</b>	<b>11</b>	<b>18</b>	<b>30</b>	<b>20</b>	<b>25</b>	<b>63</b>	<b>37</b>	<b>4</b>	<b>6</b>
China, VR	71	27	9	17	29	19	26	75	28	2	3
Hongkong	46	42	15	18	21	33	27	55	52	9	9
Taiwan	41	23	13	18	39	10	21	44	46	3	10

	Fragmentierung/ Decoupling	Diversifizierung der Lieferkette	Klimawandel	Transformation Nachhaltig- keit	Rohstoff- und Energie- versorgungssicherheit	Digitale Transformation	Cybersicherheit	Politischer Einfluss Liefer- ketten	Inflation/Geldpolitik	Migration	Sonstiges
<b>Weltweit</b>	<b>34</b>	<b>24</b>	<b>23</b>	<b>25</b>	<b>37</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>40</b>	<b>54</b>	<b>8</b>	<b>4</b>
<b>Nordamerika</b>	<b>33</b>	<b>26</b>	<b>21</b>	<b>23</b>	<b>29</b>	<b>30</b>	<b>37</b>	<b>33</b>	<b>61</b>	<b>6</b>	<b>6</b>
Kanada	23	23	13	23	27	43	30	33	70	3	7
Mexiko	46	29	44	22	29	34	49	39	76	7	0
USA	31	26	15	23	29	25	36	32	54	6	8
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>33</b>	<b>16</b>	<b>32</b>	<b>26</b>	<b>32</b>	<b>39</b>	<b>31</b>	<b>33</b>	<b>62</b>	<b>13</b>	<b>3</b>
Argentinien	26	11	34	30	36	45	21	47	81	6	0
Bolivien	32	9	38	17	30	26	29	47	76	9	5
Brasilien	41	17	20	23	28	28	31	41	65	3	6
Chile	36	6	28	33	39	42	33	19	67	50	6
Ecuador	36	20	39	33	34	42	37	29	44	24	4
Kolumbien	28	17	38	45	31	45	35	10	79	3	3
Paraguay	25	22	28	16	34	41	44	44	56	16	3
Peru	36	25	42	28	39	36	31	33	39	6	6
Uruguay	29	12	22	23	22	37	28	20	55	2	4
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>28</b>	<b>28</b>	<b>21</b>	<b>18</b>	<b>44</b>	<b>20</b>	<b>18</b>	<b>43</b>	<b>54</b>	<b>7</b>	<b>3</b>
Ägypten	26	27	21	15	49	12	7	35	48	5	3
Algerien	24	27	15	21	33	33	30	39	70	6	0
Äthiopien	36	36	24	0	56	24	28	56	80	8	12
Iran	14	5	14	14	32	19	8	57	73	43	0
Kenia	32	29	19	16	36	10	26	55	68	3	7
Saudi-Arabien	23	35	15	16	43	31	27	39	46	5	1
Südafrika	32	26	10	23	61	23	29	71	58	13	0
Tansania	33	29	26	29	33	19	17	45	43	2	5
Vereinigte Arabische Emirate	41	39	36	38	45	41	36	50	54	2	2

## Welche Herausforderungen sehen die Unternehmen bei der Diversifizierung Ihrer Lieferketten und/oder Absatzmärkte?

in Prozent, Mehrfachnennung möglich

	Geeignete Absatzmärkte/Beschaffungsmärkte identifizieren	Passende Lieferanten/Geschäftspartner finden	Qualitätskontrolle der Lieferanten	Standorte mit geeigneter Infrastruktur für neue Niederlassungen	Hohe betriebswirtschaftliche Kosten	Hoher Planungsaufwand in der Lieferkette	Finanzierung	Handelshemmnisse	Erhöhte Rechts- und Regulierungsprobleme	Sonstiges
<b>Weltweit</b>	29	47	25	14	27	20	24	24	34	2
<b>Eurozone</b>	<b>29</b>	<b>51</b>	<b>23</b>	<b>11</b>	<b>30</b>	<b>19</b>	<b>16</b>	<b>11</b>	<b>28</b>	<b>3</b>
Belgien	20	45	25	10	45	30	5	25	45	0
Frankreich	21	49	30	5	22	22	10	14	43	6
Griechenland	34	46	20	14	34	17	40	3	26	0
Irland	35	42	42	8	23	19	35	4	35	0
Italien	40	59	23	12	32	15	11	6	25	4
Niederlande	24	22	17	11	28	22	17	13	22	0
Portugal	20	63	34	6	43	17	20	14	23	0
Spanien	25	63	17	20	27	20	6	5	22	2
<b>Sonstige EU, Schweiz, Norwegen, UK</b>	<b>19</b>	<b>47</b>	<b>26</b>	<b>14</b>	<b>28</b>	<b>25</b>	<b>12</b>	<b>24</b>	<b>32</b>	<b>1</b>
Dänemark	35	24	35	6	18	18	24	6	12	6
Großbritannien u. Nordirland (UK)	0	45	36	26	52	26	7	48	33	0
Norwegen	23	45	25	14	27	36	5	16	32	0
Schweden	27	56	21	6	13	17	19	8	27	2
Schweiz	13	50	13	17	27	20	10	37	53	0
<b>Rest Europa inkl. Türkei/Russland</b>	<b>22</b>	<b>42</b>	<b>25</b>	<b>13</b>	<b>32</b>	<b>19</b>	<b>31</b>	<b>30</b>	<b>45</b>	<b>1</b>
Türkei	14	36	22	11	43	21	41	22	44	1
Weißrussland (Belarus)	35	52	33	17	13	17	13	56	54	0
<b>Asien/Pazifik (ohne China)</b>	<b>31</b>	<b>47</b>	<b>26</b>	<b>15</b>	<b>25</b>	<b>21</b>	<b>19</b>	<b>28</b>	<b>37</b>	<b>3</b>
Australien	34	55	34	10	24	10	10	14	38	7
Indien	41	56	27	6	22	25	21	27	29	3
Japan	30	40	26	11	15	15	9	15	17	2
Kasachstan	13	45	21	18	32	34	21	42	53	0
Korea (Süd)	30	46	24	11	22	19	5	22	41	0
Malaysia	31	54	29	11	26	20	26	37	29	6
Neuseeland	19	38	13	25	38	31	13	25	31	6
Philippinen	30	48	26	18	27	22	20	26	39	3
Singapur	34	56	34	29	34	29	10	27	44	2
Sri Lanka	35	37	37	15	24	7	33	46	30	0
Thailand	39	49	27	15	24	15	17	27	39	5
Usbekistan	13	25	4	4	21	25	38	25	63	0
Vietnam	35	48	23	21	23	25	19	25	38	2
<b>Greater China</b>	<b>30</b>	<b>53</b>	<b>30</b>	<b>17</b>	<b>20</b>	<b>16</b>	<b>4</b>	<b>26</b>	<b>37</b>	<b>2</b>
China, VR	27	51	33	16	25	12	4	31	41	1

	Geeignete Absatzmärkte/ Beschaffungsmärkte identifizieren	Passende Lieferanten/Geschäftspartner finden	Qualitätskontrolle der Lieferanten	Standorte mit geeigneter Infrastruktur für neue Niederlassungen	Hohe betriebswirtschaftliche Kosten	Hoher Planungsaufwand in der Lieferkette	Finanzierung	Handelshemmnisse	Erhöhte Rechts- und Regulierungsprobleme	Sonstiges
<b>Weltweit</b>	29	47	25	14	27	20	24	24	34	2
Hongkong	45	66	28	24	10	10	7	17	38	7
Taiwan	23	45	23	13	16	29	3	23	26	0
<b>Nordamerika</b>	<b>22</b>	<b>51</b>	<b>31</b>	<b>19</b>	<b>22</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>18</b>	<b>35</b>	<b>3</b>
Kanada	10	43	29	14	24	14	10	14	38	14
Mexiko	24	51	41	16	19	19	24	11	49	0
USA	24	53	28	22	23	16	16	22	28	2
<b>Süd- und Mittelamerika</b>	<b>31</b>	<b>48</b>	<b>19</b>	<b>15</b>	<b>27</b>	<b>20</b>	<b>31</b>	<b>23</b>	<b>32</b>	<b>3</b>
Argentinien	23	50	5	14	27	34	39	43	39	2
Bolivien	26	40	26	10	32	10	34	32	48	5
Brasilien	23	61	17	11	27	27	16	16	41	3
Chile	33	50	17	10	33	20	23	17	47	0
Ecuador	39	47	23	24	27	15	49	25	28	3
Kolumbien	19	42	8	15	27	23	31	23	42	0
Paraguay	42	46	31	12	23	19	31	19	23	0
Peru	29	62	24	9	26	21	18	15	26	9
Uruguay	24	43	18	11	28	19	14	13	11	4
<b>Afrika, Nah- und Mittelost</b>	<b>31</b>	<b>45</b>	<b>28</b>	<b>14</b>	<b>27</b>	<b>21</b>	<b>37</b>	<b>29</b>	<b>35</b>	<b>2</b>
Ägypten	36	41	28	11	27	24	39	24	26	1
Algerien	36	46	36	29	25	14	57	43	36	0
Äthiopien	50	50	27	18	23	14	59	41	36	14
Iran	25	19	14	11	31	8	47	50	42	6
Kenia	11	37	26	7	26	22	22	26	59	4
Saudi-Arabien	24	51	24	15	29	24	20	25	37	0
Südafrika	30	59	22	26	30	26	11	30	52	0
Tansania	27	51	38	14	27	24	41	16	35	5
Vereinigte Arabische Emirate	24	60	36	24	26	20	34	46	48	0

# Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die konjunkturelle Entwicklung vor Ort in den nächsten zwölf Monaten?

- besser
- gleichbleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleichbleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachnennungen möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energiepreise
- Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen
- Störungen in der Lieferkette (z.B. Logistik, fehlende Vorprodukte)

Sehen Sie darüber hinaus weitere Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung Ihres Unternehmens?

**Welches sind die größten geopolitischen Herausforderungen aus Sicht Ihres Unternehmens in den kommenden fünf Jahren? (Mehrfachnennungen möglich)**

- Fragmentierung der Weltwirtschaft/Decoupling
- Diversifizierung der Lieferkette
- Klimawandel
- Transformation der Wirtschaft zu nachhaltiger Energie/Produktion
- Rohstoff- und Energieversorgungssicherheit
- Digitale Transformation
- Cybersicherheit
- Zunahme von politischem Einfluss auf Lieferketten (z.B. durch Gesetze, Handelshemmnisse)
- Inflation/Geldpolitische Rahmenbedingungen
- Migration
- Sonstiges (Freitext)

**Welche Herausforderungen sehen Sie bei der Diversifizierung Ihrer Lieferketten und/oder Absatzmärkte? (Mehrfachnennungen möglich)**

- Geeignete Absatzmärkte/Beschaffungsmärkte identifizieren
- Passende Lieferanten/Geschäftspartner finden
- Qualitätskontrolle der Lieferanten
- Standorte mit geeigneter Infrastruktur für neue Niederlassungen/Produktionsstandorte finden
- Hohe betriebswirtschaftliche Kosten
- Hoher Planungsaufwand in der Lieferkette
- Finanzierung
- Handelshemmnisse
- Erhöhte Rechts- und Regulierungsprobleme (Beachtung von Vorschriften des Landes oder des Lieferketten-sorgfaltspflichtengesetzes etc.)
- Keine Herausforderungen
- Sonstiges (Freitext)